Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität
durch die amtierenden Demokraten
und
über das Elend
der theoretischen und praktischen Ökonomie

als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt

Beiträge in Form eines Blogs

von

Tristan Abromeit

Abschluss April 2017

www.tristan-abromeit.de

Text 147.0.1 und 147.0.2

> Anhang 1 von 6 <

Text 147.1

Bodenrechts- und Wirtschafts-Themen in einer regionalen Zeitung

aus den Jahren 1969 und 1971

Wirtschaftsredakteur der HAZ, Gerd Grope
Leserbriefe (einer für die HP) von TA
„**Die zweitbeste Wirtschaft**“, Gerd Grope, 1970, Auszüge,
Buchbesprechung dazu von Elimar Rosenbohm

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft / ~~Niedersachsenzweig / 3 Hannover-Kleefeld~~

Hannoversche Presse
Redaktionen
3000 Hannover 1
Goseriede 10/12

20. 8. 1971

Zitat aus dem Jahre 1917 zum Verhalten der USA im Jahre 1971

... Getreu ihrem Schlagwort „Amerika für die Amerikaner" errichten die Amerikaner rings um das gewaltige Gebiet, das Columbus der Menschheit schenkte, eine Zollgrenze - und vertreiben durch willkürlich hochgeschraubte Sperrzölle die Europäer von ihren Märkten. Heute ist es die Einfuhr, die sie treffen wollen, morgen wird es die Ausfuhr sein, so daß die Europäer ständig mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß die Erde für sie eines Tages um den ganzen amerikanischen Erdteil, mindestens aber um die Vereinigten Staaten kleiner sein wird. Der europäischen Bevölkerung kann es aber wahrhaftig nicht gleichgültig sein, ob ein Erdteil wie der amerikanische von der Weltkarte gestrichen wird. Für sie bewirkt der wirtschaftliche Verlust eines Erdteils genau dasselbe, wie wenn dieser vom Meere verschlungen würde. ... (Natürliche Wirtschaftsordnung, 9.Auflage 1949, S. 84)

Mit Freundlichen Grüßen
gez. Tristan Abromeit

oooooooooooooooooooooooooooooo

Bei der erneuten Abschrift kam mir folgender Ausschnitt von Gesell in der NWO vor die Augen:

... Dem Boden und seinen Schätzen gegenüber gibt es keine Völkerrechte, kein Massenrecht, keine Staatshoheitsrechte. Das Völkerrecht darf sich nur auf das beziehen, was Menschenhand geschaffen. Sobald wir den Völkern Rechte einräumen, die über das Recht des Einzelmenschen hinausgehen, verwandelt sich solches Recht in Krieg. Alle Menschen, jeder einzelne Mensch, hat auf den Boden, auf den ganzen Erdball die gleichen, unveräußerlichen Rechte, und jede Einschränkung dieses Urrechtes bedeutet Gewalt, bedeutet Krieg. Darum wiederhole ich: will man den Völkerfrieden, so muß dieser ersten Forderung genügt werden, allen Menschen, restlos allen Menschen gehört die Erde, und weg mit dem Massenrecht, weg mit der Staatshoheit, die dieses Urrecht antastet! ... (S. 86)

Bevor dieses Recht Wirklichkeit wird und den Artikel 1 der Allgemeinen Menschenrecht, "(Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen." zur Gültigkeit verhilft, ist noch viel Denk- und Umsetzungsarbeit zu leisten. Seit Gesells Niederschrift sind 100 Jahre vergangen.

Tristan Abromeit / 17. Januar 2017

Anpassung an das Gesamtinteresse verlangt

Die ersten Verfahren gegen nichtwillige Gemeinden / Jeder Ort muß sich in die größere Ordnung einfügen

Um die im Interesse der gesamten Bevölkerung der Region Hannover festgelegten regionalpolitischen Grundsätze für das Großraumgebiet nicht nur Papier bleiben zu lassen, hat der Verband jetzt zum erstenmal vier Gemeinden förmlich aufgefordert, ihre eigenen Planungen an die übergeordnete Konzeption anzupassen. Dieser Vorgang ist nicht nur im Großraum neu, sondern ein Novum für die gesamte Bundesrepublik, obwohl er sich auf ein Bundesgesetz stützt. Der Großraumverband praktiziert dieses Verfahren nur als erster, weil hier bereits rechtskräftige Raumordnungsprogramme für einen größeren Bereich vorliegen, an die eine Anpassung der Gemeinden zwingend verlangt werden kann. Sobald in anderen Gebieten ebensolche Grundkonzeptionen vorliegen, werden auch dort ähnliche Forderungen gestellt werden.

Nachdem alle Bemühungen des Verbandes, im Gespräch mit den Gemeinden eine freiwillige Angleichung an den Verbandsplan zu erreichen, gescheitert sind, wurden die ersten Anpassungsverlangen an die Gemeinden Isernhagen N. B., Mandelsloh, Hellendorf und Dedensen gerichtet. Im Laufe dieses Jahres werden wahrscheinlich noch 20 weitere ausgesprochen werden. Danach dürfte die Angleichung von Einzelabsichten an das große Gesamtkonzept, das der Verbandsplan darstellt, vollzogen sein.

Streitpunkt ist die Eigenentwicklung

Streitpunkt ist in allen Fällen die Bautätigkeit in den Gemeinden, denen nach dem einstimmig vom Parlament des Großraumverbandes beschlossenen Verbandsplan von 1967 nur sogenannte Eigenentwicklung zugestanden wurde. Das bedeutet, daß hier nur für den wachsenden Wohnbedarf der ortsansässigen Bevölkerung gebaut werden darf, nicht aber, um planmäßig Zuzug anzulocken. Wie groß dieser örtliche Eigenbedarf in den nächsten zehn Jahren sein dürfte, wird auf Grund der früheren Bevölkerungsentwicklung vom Großraumverband ermittelt, ohne daß dabei ein paar Wohnungen über das Soll hinaus allzu wichtig genommen würden. Die Aufforderung, in den einmal gesteckten Grenzen zu bleiben, wird nur an Gemeinden gerichtet, die mehr als das Doppelte und manchmal das Fünffache der ihnen zugerechneten Neubauten in ihren Flächennutzungsplänen ausweisen.

Bei dieser Forderung stützt sich der Großraumverband auf das Bundesbaugesetz, das die Anpassung von Bauleitplänen an die Ziele der Raumordnung vorschreibt, und zugleich auf das Großraumgesetz, wonach die Anpassung der Flächennutzungspläne an den Verbandsplan verlangt werden kann.

Der bisher häufigste Einwand der Gemeinden gegen diese Aufforderung bestand darin, daß Eingriffe in ihre Selbstverwaltung gesetzwidrig seien. Darauf hat der Verband mit dem Hinweis geantwortet, daß die kommunale Selbstverwaltung nur im Rahmen der Gesetze garantiert ist, also Einschränkungen durch das Bundesbaugesetz hinnehmen muß und daß sich die Selbstverwaltung außerdem auf die Regelung der Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beschränkt. Als örtliche Gemeinschaft betrachtet der Verband die ortsansässige Bevölkerung, bei deren Versorgung die Gemeinde einigermaßen frei schalten kann. Wenn sie aber durch ausgedehnte Neubauten Zuzügler aus anderen Orten anlocken wolle, meint der Verband, gehe sie dabei über örtliche Aufgaben hinaus. Diese Rechtsauffassung ist inzwischen auch vom Leiter des Bauinstituts an der Universität Münster, Professor Ernst, der früher als Staatssekretär in Bonn wesentlich am Zustandekommen des Bundesbaugesetzes beteiligt war, eingehend geprüft und bestätigt worden.

Es geht um ein besseres Wohnen

Obwohl bei der Auseinandersetzung zwischen Gemeinden und Verband Gesetze, Auslegungen und Rechtsfragen die entscheidende Rolle spielen, geht es hier keineswegs darum, dem Verbandsplan als Selbstzweck um jeden Preis Geltung zu verschaffen. Es kommt vielmehr auf etwas anderes an, das auch dem Bürger – wo immer im Großraum er wohnen mag – nicht gleichgültig sein kann: ein besseres Wohnen und Leben in der Zukunft.

Statt den Wohnungsbau weiterhin auf alle Orte zu verzetteln, die nun einmal begrenzte Beträge für Versorgungseinrichtungen – vom Nahverkehr über das Schwimmbad bis zum modernen Schulbau – dadurch zu „verkleckern" und infolgedessen nirgends etwas Rechtes zu erreichen, hat sich der Großraumverband vor vielen Jahren schon dafür entschieden, den Wohnungsbau in wenigen Schwerpunkten zu konzentrieren. Denn die vorhandenen öffentlichen Mittel reichen zwar aus, um große Orte mit ausgedehnten Neubaugebieten mit den notwendigen Einrichtungen zu versorgen, selbst mit einem Hallenbad und ähnlich kostspieligen Anlagen, die dann zugleich für die Umgebung zur Verfügung stehen. Wird der gleiche Betrag aber auf viele Gemeinden gleichzeitig verteilt, dann kommt nirgendwo ein Hallenbad zustande, sondern höchstens eine Reihe von Lehrschwimmbecken. Schwerpunkte lassen sich aber nur bilden, wenn bestimmte, besonders günstig gelegene Orte weiter begünstigt werden und wenn andere, die auf lange Sicht doch nicht die Chance haben, ihren Einwohnern dasselbe zu bieten, sich selbst beschränken.

Schwerpunkte nur an Schnellbahnen

Chancen als aufstrebende Wohn- und Wirtschaftsstandorte haben aber heute außerhalb der Großstadt nur noch Orte, für die das Verkehrsproblem durch den Anschluß an eine Schnellbahn gelöst ist. Deshalb sind als Entwicklungszentren im Großraum außerhalb von Hannover und seinen Nebenzentren Langenhagen, Laatzen und Heisterberg nur noch Neustadt, Wunstorf, Großburgwedel, Burgdorf, Lehrte, Barsinghausen und Springe bestimmt, und für ihre Förderung im Interesse ihrer Bewohner und der jeweiligen Umgebung werden die verfügbaren Mittel konzentriert.

wr

der Badewanne

Montage

he Allgemeine
ITUNG
H 3473 A
R ANZEIGER GEGRÜNDET 1893
Mittwoch, 9. Juni 1971

Goldener Boden

Von Hans Dieter Kloss

Es hätte nicht erst der Rede von Bundespräsident Heinemann vor dem Deutschen Städtetag in München bedurft, um das Parlament als Gesetzgeber darauf hinzuweisen, daß die Grundstückspreise in den Ballungsgebieten zum öffentlichen Ärgernis geworden sind. Das Recht des einzelnen, über sein privates Eigentum zu verfügen, gerät in Städten mit hohem Zuwachs an Wirtschaftskraft und Bevölkerung in einen kaum noch erträglichen Gegensatz zu den Bedürfnissen der Gemeinschaft. Wer als Grundstücksbesitzer unter solchen Bedingungen die Marktlage ausnützt, kann Gewinne einstreichen, für die er nicht einen Finger rühren muß und die zu Recht Anstoß erregen. Sie sind gerade in der Marktwirtschaft systemwidrig, weil sie ohne Leistung erzielt werden, während doch Leistung und Wettbewerb den Erfolg bestimmen sollen.

Deshalb ist es richtig, das Ziel zu verfolgen, die erkennbaren Auswüchse zu beseitigen. Um das zu rechtfertigen, bedarf es noch nicht einmal des Hinweises, im Grundgesetz sei die Bindung des Eigentums an soziale Pflichten ausdrücklich vorgeschrieben. Privates Eigentum, dessen Besitz ohne Leistung und ohne Risiko zu Gewinnen führt, die sehr viel höher sind als eine angemessene Verzinsung des Kapitals, ist ein Fremdkörper in unserer Wirtschaftsordnung.

Diese Erkenntnisse werden von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik als richtig anerkannt. Dies hilft indessen wenig weiter. Um die Mißstände zu überwinden, bedarf es nämlich der richtigen Schlußfolgerungen. Das wiederum ist leichter gesagt als getan. Im Bundestag liegt der fertige Entwurf eines Gesetzes, das jetzt in zweiter und dritter Lesung verabschiedet werden soll und das erste, zaghafte Schritte unternimmt, um das Bodenrecht in den Baugebieten der Städte und Dörfer zu ändern.

Acht Jahre haben die Auseinandersetzungen um dieses Gesetz gedauert, drei Regierungsentwürfe mußten eingebracht werden, und der heutige Bundeswohnungsbauminister Lauritzen gehört zu denjenigen Politikern, die es zu Beginn des parlamentarischen Leidensweges als überflüssig ansahen.

Was nach den langen Beratungen herausgekommen ist, erweckt weder den Eindruck einer Patentlösung noch eines harten Eingriffes in die

Eigentumsrechte von Grundstücksbesitzern. Dennoch ist der jetzt vorliegende Entwurf den Unionsparteien zu weitgehend, und hinter diesen Parteien steht immerhin fast die Hälfte aller Wähler in der Bundesrepublik. Auch die bei den Eigentumsrechten vielleicht weniger von Interessenten bedrängten und von falschen Skrupeln geplagten Sozialdemokraten vermochten sich bis heute nicht zu weitergehenden Vorschlägen beim Bodenrecht durchzuringen, als sie im Städtebauförderungsgesetz zugunsten der Allgemeinheit in den genau umrissenen Entwicklungs- und Sanierungsgebieten vorgesehen sind. Nur dort bietet sich zum ersten Mal die Möglichkeit, Gewinne in die Tasche der Allgemeinheit fließen zu lassen, sofern sie allein durch Planung entstehen. Und nur dort können zugunsten der Allgemeinheit Bau- und Abbruchgebote erlassen werden, um den zur Verfügung stehenden Grund und Boden entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinschaft und nicht mit dem Ziel des größten privaten Gewinnes zu nutzen.

Es war äußerst schwierig und mit langwieriger parlamentarischer Arbeit verbunden, das Eigentumsrecht von Grundstücksbesitzern in diesem begrenzten Umfang einzuschränken. Dabei standen keineswegs parteitaktische Rücksichten im Vordergrund. Was dem Laien einfach erscheint, wird für die rechtskundigen Fachleute in der Regierung und im Bundestag zu einer Sisyphusarbeit. Insofern kommt der lautstarke Ruf des Bundespräsidenten nach dem Gesetzgeber nicht nur verspätet, sondern erweckt auch falsche Hoffnungen.

Rechtlich gäbe es eine Möglichkeit, das Übel an seiner Wurzel zu packen. Selbst auf dem Boden des Grundgesetzes wäre es erlaubt, das private Eigentum an Grundstücken in den Zentren der Städte und in Neubaugebieten in Gemeineigentum zu überführen. Die Nutzungsrechte an diesem Eigentum könnten dann wieder an private Bauherren vergeben werden. Einer derartigen Radikalkur stehen aber handfeste sachliche Hindernisse im Weg.

Zum einen ist es nach dem Grundgesetz nur dann möglich, privates Eigentum in Gemeineigentum zu überführen, wenn das private Eigentum angemessen entschädigt wird, und dafür fehlt einfach das Geld. Zum andern haben die eklatanten Planungsfehler mancher Städte und Gemeinden sowie deren eigene spekulative Tätigkeit auf dem Bodenmarkt, verbunden mit ebenso spekulativer Tätigkeit einiger Ratsmitglieder, verständliche Hemmungen wachsen lassen, eben diesen Gemeinden das volle Verfügungsrecht über den wichtigsten Teil des Grund und Bodens zu übertragen.

Dennoch wird in absehbarer Zeit ein Weg gefunden werden müssen, um die Mißstände um den goldenen Boden zu beseitigen.

HAZ 18.7.71

Briefe an die Lokalredaktion

Schönheitsfehler: Bodenrecht

Der Artikel „Anpassung an das Gesamtinteresse verlangt" („Allgemeine" vom 6. Januar) weist ungewollt auf erhebliche Schönheitsfehler des soeben durch einen Fernsehbericht „geehrten" Großraumverbandes Hannover hin. Es zeigt sich wieder einmal, daß mit unserem geltenden Bodenrecht keine zufriedenstellenden Problemlösungen möglich sind, weder in der Stadt- noch in der Regionalplanung und auch nicht im Agrarsektor.

Die unterschiedlichen öffentlichen Investitionen bewirken ein unterschiedliches Ansteigen der Grundrente. Dadurch tritt bei den weniger begünstigten Gemeinden eine relative Verarmung ein, die sich von den Gemeinderäten in den Wahlkämpfen schlecht verkaufen läßt. Aber auch in den begünstigten Gemeinden entstehen bei geltendem Bodenrecht durch die Strukturpolitik Spannungen. Beispielsweise durch die Investitionen der Bundesbahn in die Deisterbahn sind die Grund- und Hausbesitzer in den Deisterorten mit Bahnstation in der Lage, höhere Mieten und Preise für Wohnungen und Bauland zu fordern. (Das ist kein Vorwurf gegen Personen, sondern gegen das System.)

Wenn wir überhaupt unsere Gesellschaft reformieren wollen, dann gehört dazu ein neues Bodenrecht, das im sozialen Sinne nicht im Widerspruch zum Grundgesetz und im funktionalen Sinne nicht im Widerspruch zur Marktwirtschaft steht. Die Abschöpfung der Bodenrente (die eine Ursache der Vermögenskonzentration ist) und die Nutzung des Bodens nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ist möglich und für eine sinnvolle Raumordnung, die allseitige Zustimmung findet, notwendig.

Hannover Tristan Abromeit

Hannoversche Allgemeine Zeitung

S. 24 24.6.71

Unsere Leser haben das Wort

Neues Bodenrecht notwendig

Es ist erfreulich, daß mit dem Leitartikel „Goldener Boden" („Allgemeine" vom 9. Juni) ein weiterer Beitrag zur Diskussion des Bodenrechtsproblems geliefert worden ist. Das vor der Verabschiedung stehende Städtebauförderungsgesetz kann in der Tat bestenfalls eine Übergangslösung sein. Ein wirkliches Reformgesetz zum Bodenrecht kann aber erst verabschiedet werden, wenn mehr Bürgern und ihren gewählten Vertretern die Problematik des jetzt geltenden Bodenrechts (richtiger Bodenunrechts) vertraut ist. Aus diesem Grund ist die Aufklärung der Sachverhalte durch die Zeitungen so wichtig.

Wenn die CDU an dem jetzigen Bodenrecht nichts ändern will, so zeigt sie, daß sie von der Marktwirtschaft, die sie löblicherweise einst in der Bundesrepublik mit eingeführt hat, wenig Ahnung hat. Bei dem Monopolcharakter des Bodens kann es keinen funktionierenden Markt für Boden-Eigentumsrechte geben. Ein neues Bodenrecht, das sich nicht an Vorbildern in den sozialistischen Staaten orientieren kann, ermöglicht aber einen Markt für Boden-Nutzungsrechte.

Es ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß das Bodenrechtsproblem nicht nur ein städtisches Problem ist; es ist genauso bei der industriellen und landwirtschaftlichen Nutzung ein Störungsfaktor und eine Ursache für die internationalen Spannungen. Es wird immer wieder resignierend gesagt, daß die Mittel für die Entschädigung der Privateigentümer von Grund und Boden im Falle der Abschöpfung der Bodenrente und für die Preise im Falle des Rückkaufs des Bodens durch die öffentliche Hand vom Staat nicht aufgebracht werden könnten. Diese Annahme stimmt nicht. Der Staat hat die Möglichkeit, die Privateigentümer mit Schuldverschreibungen zu entschädigen. Der Kapitaldienst kann aus der dann zu vereinnahmenden Bodenrente (Knappheitspreis) geleistet werden. Diese Schuldverschreibungen müssen aber aus Gründen der Gerechtigkeit zwei Konditionen enthalten: eine Indexklausel (Einwände der Bundesbank können widerlegt werden) zum Schutze gegen Inflationsverluste und einen gleitenden Zinssatz, der eine marktgerechte Verzinsung ermöglicht.

Hannover Sozialwissenschaftliche Gesellschaft Niedersachsen-Zweig
Tristan Abromeit

Bis zum magischen Achteck

Die Zielkonflikte in der Wirtschaftspolitik / Von Gerd Grope

In ihrer Rede zur Eröffnung der Weltkonferenz für Handel und Entwicklung am 1. Februar 1968 in Neu Delhi sagte die indische Ministerpräsidentin, Indira Gandhi: „Man muß jetzt die hochentwickelten Länder darauf aufmerksam machen, daß Weltfriede und wirtschaftlicher Fortschritt untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn die Kluft zwischen reich und arm nicht geschlossen wird, besteht die Gefahr, daß die Armen sich ihr Recht mit Gewalt verschaffen. Es geht nicht um die Frage, ob die reichen Länder den armen helfen können, sondern ob sie es sich leisten können, diese Hilfe zu unterlassen." – Ob man nun bei dieser Kluft tatsächlich von Ungerechtigkeit sprechen kann, ist ein besonderes Problem. Auf jeden Fall aber will die unterentwickelte Dritte Welt an den Lebensstandard der Industrieländer herankommen.

Ende Juli 1961 veröffentlichte die Kommunistische Partei der Sowjetunion unter dem damaligen Ministerpräsidenten Chruschtschow ihr neues, drittes Programm. Darin wurde angekündigt, daß die Sowjetunion bis zum Jahre 1970 die USA in der Pro-Kopf-Produktion überholen werde. Bis 1980 könne dann der Übergang zur kommunistischen Gesellschaftordnung, in der „jeder nach seinen Bedürfnissen" versorgt werde, im wesentlichen abgeschlossen sein. Denn die Sowjetunion werde bis zum Ablauf dieser Periode die doppelte Arbeitsproduktivität der USA erreichen. – Heute wissen wir, daß die Sowjetbürger auf das prophezeite Schlaraffenland noch einige Zeit werden warten müssen.

Bei uns in der Bundesrepublik und anderswo in der westlichen Welt wollen die Landwirte das Einkommensniveau der Industrie erreichen. Nicht daß es ihnen absolut schlecht oder schlechter als früher ginge; aber sie vergleichen ihre Einkommenssteigerung mit der in der übrigen Wirtschaft, und dabei schneiden viele Bauern nicht gerade günstig ab (wobei oft vergessen oder übersehen wird, daß innerhalb der Landwirtschaft das Einkommensgefälle noch größer ist).

Am Anfang der Regierungszeit dieser großen Koalition in Bonn standen Vollbeschäftigung und Wachstum ganz oben in der Zielliste der Wirtschaftspolitik; man mußte den Krisengefahren entrinnen, die zum Sturz der Erhard-FDP-Regierung geführt hatten. Am Ende dieser Regierungsperiode steht die Preisstabilität im Vordergrund der wirtschaftspolitischen Zielsetzung; Wirtschaftsminister Schiller muß seine Wachstumswünsche mäßigen, zumal sein Kabinettskollege und Wahlkampfkontrahent Strauß sich als Stabilitätseiferer produziert. Aber mit Vollbeschäftigung, Wachstum und Preisstabilität allein ist es nicht einmal getan; ein ganzes Bündel von Zielen verlangt zu seiner Verfolgung wahrhaft magische Kräfte.

Mit der Forderung nach gerechter Einkommensverteilung verlangen die Arbeiter oder ihre Gewerkschaften ein größeres Kuchenstück vom Sozialprodukt, und zwar zu Lasten des Gewinnanteils der Unternehmen. Umgekehrt pochen die Unternehmen auf genügende Gewinne, da – wie sie argumentieren – sonst die Finanzierung des künftigen Wirtschaftswachstums gefährdet sei.

Ähnlich will der kapitalistische Westen seinen Vorsprung gegenüber dem kommunistischen Osten möglichst halten. Schon deshalb bemüht er sich um weiteres Wachstum.

Blick auf den Nachbarn

So wird also die Welt vom Streben nach Wachstum und vom „relativistischen" Blick auf andere beherrscht. Das geht hinunter bis zu den einzelnen Menschen. Wie viele von uns können ehrlichen Herzens behaupten, daß sie sich nicht vom Prestige, vom Blick auf den Nachbarn und Kollegen leiten lassen, wenn sie ihre persönlichen Anschaffungen machen, ihre Wohnung einrichten oder das Auto kaufen?! Daß dieser allzumenschliche Relativismus von Industrie und Handel angepeilt wird, wenn neue oder auch nur scheinbar neue Produkte an den Mann, an die Frau und nicht zuletzt auch an die Jugend gebracht werden sollen, das gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten.

Aber versteht sich so der Sinn des Wachstums und des Wirtschaftens überhaupt? Sind wir mit dem Erreichten nur dann zufrieden, wenn der andere nicht mehr hat? Ist deshalb vielleicht die karge Zeit von Kriegsende bis zur Währungsreform von 1948 bei manchen von uns in „guter" Erinnerung, weil wir alle auf knappe Kost gesetzt waren, in bescheidener Kleidung herumliefen und jene, die von den Normalverbrauchern abstachen, also mit den heutigen Wohlhabenden zu vergleichen wären, damals eher in Mißachtung lebten?

Freilich möchte wohl niemand mehr – beim Wort genommen – in die Lebensbedingungen jener Jahre zurückkehren. Denn was uns das sogenannte Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre beschert hat, was für die meisten nichts Überflüssiges, sondern Lebensnotwendiges. Aber schon Ludwig Erhard mußte in seiner Regierungszeit einsehen, „daß irgendetwas nicht stimmt, wenn die Menschen immer mehr haben und verdienen und trotzdem nicht zufriedener werden". Heute sind die Zweifel am Sinn von Wachstum und Wohlstandsjagd noch größer geworden. Jedoch: Welche Regierung oder Partei zieht hieraus die Konsequenzen?

George F. Kennan, ein hochangesehener Gesellschaftskritiker, stellt die Frage „Wozu Wachstum?", und er verurteilt den „Glauben, daß die wirtschaftliche Entwicklung ein absolutes Gut darstelle". Kennan meint statt dessen: „Eine Ideologie, welche die Menschen lehren würde, ihr Leben in einem quantitativ stabilen Rahmen positiv zu gestalten, in dem sie ihnen die Möglichkeiten böte, sich qualitativ zu entwickeln, würde einen tieferen Respekt einflößen als diejenige, die sich einem ewigen Expansionsprozeß hingibt, dessen Resultat unberechenbar, unkontrollierbar, aber fast sicher wenig wünschbar ist."

„Beefsteak-Sozialismus" vergessen

Aber wo in der Wirtschaftspolitik ist hiervon etwas zu spüren? Prof. Karl Schiller hatte schon vor seinem Amtsantritt als Bundeswirtschaftsminister kein Hehl aus seiner Wachstumsfreude – manche nennen es auch Wachstumsfanatismus – gemacht. Vergessen ist offenbar in der SPD die Warnung des großen Joseph Schumpeter vor einem reinen „Beefsteak-Sozialismus". Immer noch ist „Wachstum" die herrschende Parole. Daß sie nicht schlechthin „Wachstum über alles" heißt, liegt an der Preisstabilität, die ebenfalls mit zu den wirtschaftspolitischen Zielen gehört – freilich von den einen mehr, von anderen weniger wichtig genommen. Da die Preisstabilität durch ein ungezügeltes Wirtschaftswachstum besonders gefährdet ist, soll das Wachstum „angemessen" sein: Angemessen hinsichtlich – mehr oder weniger – Preisstabilität. Angemessen aber auch hinsichtlich des Gleichgewichts der Devisenbilanz als weiteres allgemeingültiges Ziel der Wirtschaftspolitik.

Die wiederholten internationalen Währungsunruhen und Krisen einzelner Währungen haben nämlich den westlichen Ländern klargemacht, daß sie währungspolitisch in einem Boot sitzen. Kein Land darf zu große Devisenverluste erleiden, weil sonst andere Staaten mit Hilfsaktionen einspringen müssen. Kein Land darf aber auch ständige Devisenüberschüsse haben, weil diese ja das Spiegelbild der Verluste anderer sind. Und da es zu den neuzeitlichen Übeln der westdeutschen Wirtschaft gehört, „exportlastig" zu sein und dadurch unseren Devisenhort ständig anzureichern, haben die Wachstumsfreunde hierzulande ein neues Argument bereit: Wir müssen die Binnennachfrage auf hohen Touren halten, weil sonst die Unternehmen verstärkt den Export als Absatzventil suchen würden, um ihre ständig erweiterten Produktionskapazitäten auszunutzen.

Zugkräftigstes Argument für die Wachstumsfreunde ist jedoch immer noch jenes Ziel, über dessen Gewichtigkeit es unter Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und dem sogenannten Mann von der Straße seit dem 29. Oktober 1929 keine Meinungsverschiedenheiten mehr gibt. Dieses Ziel heißt Vollbeschäftigung oder zumindest Verhinderung einer größeren Arbeitslosigkeit.

Nie wieder

darf es zu solchen Schlangen kommen. Unter dieser Forderung und Zielsetzung stehen die Wirtschaftspolitiker in aller Welt. Nie wieder Schlangen von Arbeitslosen wie 1932 in Deutschland (linkes Bild); nie wieder endlose Schlangen von Menschen vor Währungsbüros, wie sie sich am 20. Juni 1948 in den westdeutschen Städten und Dörfern bildeten (rechts), als ein Schlußstrich unter die „zurückgestaute" Inflation des zweiten Weltkrieges gezogen wurde, nachdem die Bevölkerung in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg unter den Folgen der „offenen" Inflation gelitten hatte. Aufn.: Ullstein/dpa

Mit dem Börsenkrach begann es

An jenem Tag hob sich nämlich der Vorhang zu einem Drama, das sich nicht wiederholen darf. Der Kurseinbruch an der New Yorker Börse vom 29. Oktober 1929 löste eine Weltwirtschaftskrise sondergleichen aus, deren Fundament freilich schon im unseligen Friedensvertrag von Versailles gelegt war. Die Schockwirkung des Wallstreet-Zusammenbruchs führte zur Erschütterung des optimistischen Glaubens, daß weltweite Wirtschaftskrisen nur noch der Vergangenheit angehörten. Von Amerika griff der Pessimismus auf Europa über. Die Unternehmungslust der Wirtschaft schwand zusehends dahin. Wegen der Krise im eigenen Lande verringerten die USA ihre Einfuhren und versuchten, ihre Ausfuhren durch Preissenkungen zu forcieren. Andere Länder beschritten ähnliche Wege. Deutschland, vom Export abhängig und wegen seiner starken Verschuldung gegenüber dem Ausland förmlich um Devisen ringend, mußte hiervon hart betroffen werden.

Alle Welt sah bald darauf am Beispiel Deutschlands, welch verheerende politische Folgen eine Massenarbeitslosigkeit mit sich bringen kann – Folgen, die dann ein Großteil der Menschheit noch ein Jahrzehnt später mit dem zweiten Weltkrieg selbst zu spüren bekam. Heute ist die Vollbeschäftigung ein selbstverständliches Ziel der Wirtschaftspolitik. Heute gehört die „antizyklische Fiskalpolitik" zu den Schlagworten der Volkswirte. Heute wissen wir, daß der Staat Geld und Aufträge in die Wirtschaft pumpen muß, wenn diese an konjunktureller Schwäche leidet.

Teuerung früher „gottgegeben"

Aber nicht nur die Vollbeschäftigung ist längst eine bevorzugte Marschrichtung der Wirtschaftspolitik. Von manchen Seiten sogar noch höher bewertet wird ein Ziel, das vor 1933 ebenfalls nicht „anerkannt" war: die Preisstabilität.

Otmar Emminger, Direktoriumsmitglied der Deutschen Bundesbank, hat einmal vor Augen geführt, welche fundamentale Wandlung sich gegenüber früher in den Aufgaben und Zielen der Währungspolitik vollzogen hat: „Zur Zeit des klassischen Goldstandards (vor dem ersten Weltkrieg) wäre niemand auf den Gedanken gekommen, von der Notenbank eine Stabilisierung des Preisniveaus und der Konjunktur zu erwarten. Es gab damals außerordentlich starke Preis- und Konjunkturschwankungen. Sie wurden ebenso wie die sich oft über Jahrzehnte hinziehende ‚Teuerung' – wir nennen es heute ‚schleichende Inflation' – als etwas Gottgegebenes hingenommen. Eine Währung galt als stabil, wenn die Golddeckung und die Goldeinlösbarkeit, also die Wechselkursstabilität, gewahrt waren. Auch noch nach dem ersten Weltkrieg, zum Beispiel als 1926/27 im Rahmen der großen deutschen Wirtschaftsenquête die Reichsbankpolitik untersucht und der damalige Reichsbankpräsident Schacht dazu vernommen wurde, war von der Preisstabilität als dem vorrangigen Ziel der Notenbankpolitik noch nicht die Rede."

Mit der Preisstabilität als Zielrichtung neben der Vollbeschäftigung tauchte freilich ein Problem auf, mit dem sich die Wirtschaftspolitik überall förmlich herumschlagen muß: der Konflikt zwischen den verschiedenen Zielen – zwischen Zielen, die inzwischen zu einem ganzen Bündel erweitert sind.

Schon die Bewältigung des Doppelziels von Vollbeschäftigung und Preisstabilität wurde als eine magische Kunst angesehen. In den dreißiger Jahren kam nämlich, von den Vereinigten Staaten aus, der Begriff des magischen Dreiecks auf: Zwei Seiten von ihm waren Vollbeschäftigung und Preisstabilität, und als dritte Seite war die freie Lohnbildung gemeint, denn auf deren Basis sollte ja – jedenfalls in der Marktwirtschaft – das Doppelziel erreicht werden. Magisch nannte man dieses Dreieck deshalb, weil es schon mit magischen Kräften zugehen müßte, wenn das Dreieck konstruiert werden sollte, das heißt, wenn es gelingen sollte, zu gleicher Zeit – und zwar bei Lohnfreiheit – volle Beschäftigung und stabile Preise zu erreichen. Tatsächlich bestehe doch nur, so meinte man, die Wahl von zwei Seiten, auf die dritte müsse man verzichten, Denn bei Vollbeschäftigung würde zwangsläufig die Lohn-Preis-Spirale in Gang gesetzt, die Preisstabilität ginge also verloren. Wenn diese aber erhalten werden sollte, müsse auf Vollbeschäftigungspolitik verzichtet werden – oder auf die freiheitliche Basis der Tarifautonomie bei der Lohnbildung.

Das Zielbündel wird immer größer

Heute mag selbst die Konstruktion dieses Dreiecks wie ein Kinderspiel erscheinen. Inzwischen ist nämlich überall in der Welt noch das Wachstum als wirtschaftspolitisches Ziel eine Selbstverständlichkeit geworden. Außerdem ist in den „westlichen" Ländern die Bedingungsbasis der freien Lohnbildung ergänzt durch die Konvertibilität, das heißt durch die freie Umtauschbarkeit der Währungen gegeneinander. Bei alledem müssen die Länder bemüht sein, ihre Devisenbilanz im Gleichgewicht zu halten oder zumindest höhere und andauernde Devisendefizite zu vermeiden. Und um den Schwierigkeitsgrad auf die Spitze zu treiben, soll dies alles geschafft werden unter einem System prinzipiell fester Wechselkurse der Währungen.

Das wären sieben Seiten als Ziele bzw. Bedingungen. Schließlich muß noch ein Ziel hinzugefügt werden, das zwar schwer zu definieren, zu bestimmen ist, das aber dennoch fast überall als selbstverständlich gilt und das immer wieder die Interessengruppen auf die Barrikaden treibt: die gerechte Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Güterkuchens.

Man kann also heute von einem magischen Achteck sprechen, dessen Seiten folgende Beschriftung haben:

1. Vollbeschäftigung
2. Preisstabilität
3. Freie Lohnbildung
4. Wirtschaftswachstum
5. Freie Konvertibilität
6. Feste Wechselkurse
7. Ausgleich der Devisenbilanz
8. Gerechte Einkommensverteilung.

Bei uns in der Bundesrepublik ist der größte Teil dieser Ziele und Bedingungen seit Juni 1967 als Bündel verankert in dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft". Die in diesem Gesetz vorgesehenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen des Bundes und der Länder sind nämlich so zu treffen, „daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen".

Konflikte und Kompromisse

Was nun die „Magik" des Sieben- bzw. Achtecks angeht, so bezweifeln manche Wissenschaftler, daß alle Seiten derart in Konkurrenz zueinander stehen, wie dies von Fachleuten zumeist angenommen wird. Die Tatsache jedoch, daß es überhaupt schwierige und kaum zu lösende Konflikte zwischen den gesetzten Zielen bzw. zwischen Zielen und den gestellten Bedingungen gibt, wird niemand leugnen. Fritz Machlup hat daher den Wirtschaftspolitikern vorgeworfen, daß sie „Unmögliches verlangen oder Unmögliches versprechen". Sie trieben „eine irreführende, unaufrichtige und unwürdige Vogel-Strauß-Politik."

Will eine Regierung nun mit ihren Zielsetzungen nicht zurückstecken bzw. gegenüber anderen Parteien oder Ländern nicht zurückstehen, dann bleibt nichts weiter als der Kompromiß. Ein Kompromiß braucht ja durchaus nicht faul zu sein, sondern muß in der Demokratie häufig als Ausweg gewählt werden, etwa zwischen den Wünschen der verschiedenen Interessentengruppen. Auf das wirtschaftspolitische Zielbündel bezogen: Es wird kaum möglich sein, alle Ziele gleichzeitig zu erreichen. Statt dessen müssen wir uns um jene Ziele besonders bemühen, die jeweils am meisten nachhinken. In der gegenwärtigen Hochkonjunktur muß das z. B. die Preisstabilität sein, während in der Flaute von 1967 Beschäftigung und Wachstum bevorzugt gefördert werden mußten.

Tristan Abromeit
~~3000 Hannover-Kleefeld~~
~~Kaulbachstr. 25~~

27. 7. 69

Hannoversche Allgemeine Zeitung
3000 H a n n o v e r
Postfach

Leserzuschrift zu: "Bis zum magischen Achteck" von Gerd Grope
HAZ 26. / 27. 7. 69, S. 5

Mit "Nie wieder darf es zu solchen Schlanen kommen." werden die Abbildungen (schlangestehende Arbeitslose 1932 und Menschenschlangen vor den Währungsbüros 1948) kommentiert.

Das es solche Schlangen gegeben hat, ist dem Hochmut der Majorität in der Wirtschaftswissenschaft und Politik der Weimarer Republik gegenüber einer Minorität der Wissenden zu verdanken.

Der Begriff "magische Ecken" ist zutreffend für den Zustand der Volkswirtschaftslehre. Die Volkswirte sind nämlich mehr Magier als Wissenschaftler.

Die in dem obigen Bericht aufgeführten 8 magischen Ecken reduzieren sich bei logischer Betrachtung auf ein rationales Dreieck.

1. Freie Lohnbildung ist kein Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Element unserer Wirtschaftsordnung.
2. Freie Konvertibilität (die zum Wochenbeginn von der Bundesbank eingeschränkt wurde), Ausgleich der Devisenbilanz und stabile (nicht fixierte) Wechselkurse (also außenwirtschaftliches Gleichgewicht) sind durch die Einführung flexibler Wechselkurse zu haben.
3. Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum werden jetzt zu Lasten der Preisniveaustabilität erreicht, indem die leichte Inflation den Geldkreislauf in Bewegung hält.

   Wenn die Preisniveaustabilität auch erreicht werden soll, ist es erst-einmal notwendig, die Quantität des Geldes zu bestimmen und die Umlaufgeschwindigkeit zu beherrschen. Die theoretischen Einsichten verstauben seit der Jahrhundertwende in Bücherregalen. Die politischen Sachzwänge werden aber die alten Einsichten als neue wissenschaftliche Erkenntnis kreieren, wie z.B. die flexiblen Wechsel

kurse.

4. Wenn eine gerechte Einkommensverteilung gefordert wird, kommt man nicht an der Tatsache vorbei, daß Gerechtigkeit in der Wirtschaft nur Leistungs- oder Tauschgerechtigkeit sein kann. Die Leistungsgerechtigkeit werden wir aber nur dann erreichen, wenn jeder Werktätige (einschließlich Unternehmer) seinen vollen Arbeitsertrag erhält, d.h. daß dem Kapital seine Ertragsfähigkeit genommen wird.

   Die Versuche, den Kapitalismus mittels Vermögensumverteilungen einen annehmbaren Anstrich zu geben,werden auch noch den Kern unserer freiheitlichen Ordnung verrotten lassen.

   Die einzige systemgerechte Methode, um eine gerechte Einkommens verteilung zu erreichen, ist, die Marktwirtschaft voll zur Entfaltung kommen zulassen, das kann man schon bei Keynes und Gesell lesen.

5. Wenn die Widersprüche in der Wirtschaftspolitik Geräusche von sich geben würden, dann würde man den Großstadtlärm sicher als tiefe Stille empfinden.

   Jede magische Ecke, jeder Konflikt zwischen den elementaren Zielen der Wirtschaftspolitik zeugt von sachwidrigen Empfehlungen der Volkswirte und von schlecht durchdachten Maßnahmen der Politiker. Die Wechselkursdiskussion zeigt den Wandel an, sie zeigt auch wie durch marktwirtschaftskonforme Maßnahmen sich magische Ecken auflösen.

   Wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität lassen sich zwar nicht mit Magie, aber mit Rationalität gleichzeitig verwirklichen.

   Wenn Raumfahrt so stümperhaft, wie Wirtschaftspolitik betrieben würde, dann hätten wir in hundert Jahren noch keine Mondlandung erlebt.

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Abschrift von der Original-Durchschrift 1/ 2017

Hannoversche Allgemeine
ZEITUNG

VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. · 3 Hannover 1 · Postfach 209

WIRTSCHAFTS-REDAKTION

Herrn
Tristan Abromeit

3000 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstraße 25

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Telefon (Direkt-Durchwahl)	3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus
	27.7.1969	GG/schw-	1676-440	14. Oktober 1969

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Ihr Brief vom 27. Juli ist während meines Urlaubs in einem großen Unterlagenstoß auf meinem Schreibtisch gelandet. Durch Umzug innerhalb der Redaktion hat sich dieser ganze Stoß in eine Ecke "verkrümelt", und ich habe Ihren Brief erst jetzt beim allgemeinen Aufräumen gefunden. Entschuldigen Sie bitte, daß ich heute nur kurz antworte (eine Veröffentlichung als Leserbrief ist leider zu spät).

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich in dem betreffenden Artikel selbst unterschieden, daß es beim magischen Achteck Ziele und Rahmenbedingungen gibt. Und die freie Lohnbildung gehört eben als Element der marktwirtschaftlichen Ordnung zu solchen Rahmenbedingungen.

Theoretische "Einsichten", wie man Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes tatsächlich oder vermeintlich regulieren kann, gibt es schon lange. Wenn Sie selbst etwa die Lehre von Silvio Gesell im Auge haben, muß ich Ihnen leider sagen: Das war das Thema meiner Diplomarbeit, die allerdings schon über 20 Jahre alt ist. Aber ich glaube, daß sich bis jetzt nichts an dem Standpunkt der Wissenschaftler geändert hat: Silvio Gesells Vorstellungen sind in Wirklichkeit nicht zu praktizieren.

Mit Ihrem letzten Satz, der die Raumfahrt mit der Wirtschaftspolitik vergleicht, gehe ich ziemlich einig. Man sollte aber dabei nicht vergessen, daß das Thema der Wirtschaftspolitik, nämlich unserer gesellschaftliches Zusammenleben, viel komplizierter ist als physikalische und andere Probleme, mit denen es die Raumfahrt zu tun hat. Das Entscheidende ist aber wohl, daß die Wirtschaftspolitik auf Gruppen Rücksicht nimmt oder Rücksicht nehmen muß, deren Interessen sehr unterschiedlich sein können.

Mit freundlichen Grüßen

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Wirtschaftsredaktion

(Grope)

Fernschreib-Nr. 0922833-34 / Telefonische Anzeigenaufnahme 16767 / Postscheckkonto Hannover 160 / Bankverbindungen: Landesbank Hannover Kto. 2300
Dresdner Bank AG in Hannover Kto. 1040777, Deutsche Bank AG in Hannover Kto. 4/37293, Commerzbank AG in Hannover Kto. 15/00164

Tristan Abromeit
~~3000 Hannovr K1eefeld~~
~~Kaulbachstr. 25~~

22. Oktober 1969

Herrn
Gerd Grope
Wirtschaftsredaktion
Hanoversche Allgemeine Zeitung

3000 H a n n o v e r

Anzeiger-Hochhaus

Bis zum magischen Achteck

Mein Schreiben vom *27. 7. 69* Ihre Antwort vom 14. Okt. 69

Sehr geehrter Herr Grope,

eine Leserzuschrift wird erst durch die Veröffentlichung zum Leserbrief und somit auch wirksam.

Mir scheint aber, der Nutzen könnte in diesem Falle durch ein Arbeits-Gespräch in kleiner Runde mit privatem Charakter nachholt oder überboten werden.
Ob Gesells Überlegungen für die Wirtschaftspolitik einen praktischen Nutzen haben können oder nicht, ist vielfach innerhalb der Volkswirtschaftslehre (wie so manch andere Frage) eine G1aubensfrage geworden.
Bundeswirtschaftsminister Schiller wird andererseits mit seinem theoretischen Rüstzeug die offenliegenden Wirtschaftsprobleme auch nicht lösen und somit gesamtgesellschaftliche Reformen blockieren.

Wenn Sie zu einem Gespräch bereit sind, lade ich noch Herrn Dipl.-Sozialwirt Elimar Rosenbohm, der in der volkswirtschaftlichen Abteilung der LZB arbeitet und die Materie kennt, und ein paar Bekannte, die Gesells Lehre nicht kennen, ein.

Über Ort und Zeit müßte man sich dann einigen.
Ich würde mich freuen, wenn es zu dem Gespräch kommt, und wenn ich Ihre Diplomarbeit lesen dürfte (am besten vor dem Gespräch, aber auch unabhängig davon).

Mit freundlichen Grüßen

gez. Abromeit

(Abschrift von der Original-Durchschrift, Januar 2017)

Hannoversche Allgemeine
ZEITUNG

VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. · 3 Hannover 1 · Postfach 209

WIRTSCHAFTS-REDAKTION

Herrn
Tristan Abromeit

3 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstraße 25

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Telefon (Direkt-Durchwahl)	3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus
	22.10.1969	GG/schw-	1676-441	24. Oktober 1969

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief. Es ist zwar für mich sehr ehrenvoll, daß Sie mich zu einem Diskussionsgespräch einladen; leider ist aber meine Zeit während der nächsten Monate und Wochen schon durch die redaktionelle Arbeit und andere Termine so in Anspruch genommen, daß der verbleibende kleine Restteil meiner Familie vorbehalten sein muß.

In der Hoffnung, daß Sie hierfür Verständnis haben, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

(Gerd Grope)

Fernschreib-Nr. 09 22 833-34 / Telefonische Anzeigenaufnahme 1 67 67 / Postscheckkonto Hannover 160 / Bankverbindungen: Landesbank Hannover Kto. 2 300
Dresdner Bank AG in Hannover Kto. 1040 777, Deutsche Bank AG in Hannover Kto. 4/37 293, Commerzbank AG in Hannover Kto. 15/00 164

Trauriger Rekord

Von Gerd Grope

Laßt Euch nicht irre machen,wenn es da mal Kurzarbeit gibt und mal eine Pleite. Das ist ja die Marktwirtschaft. Wenn wir alle so arbeiten wie die Kohle und die Landwirtschaft, wäre Deutschland schon pleite gegangen."

Also sprach Philip Rosenthal, Porzellanfabrikant und derzeit parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, am vorigen Wochenende auf einer SPD-Tagung in Hannover. Seine Äußerung wird inzwischen manches Archiv angereichert haben und bei passender Gelegenheit boshaft präsentiert werden. Wenn man ihm mit den Worten der alten Lateiner käme „Hättest Du doch geschwiegen!", würde der persönlich so liebenswerte Philip Rosenthal vielleicht erwidern, daß wir leider noch nicht reif genug für Wahrheitsbekundungen in einer aufgeklärten Demokratie seien und daß er eben seinen Teil zu diesem Erziehungsprozeß beitragen wolle. Nun, über den Inhalt der zitierten Äußerung wird es auch vom objektiven Standpunkt aus unterschiedliche Meinungen geben. Denn arbeitet „die" Kohle, „die" Landwirtschaft ausnahmslos heute tatsächlich noch so primitiv, so unproduktiv?

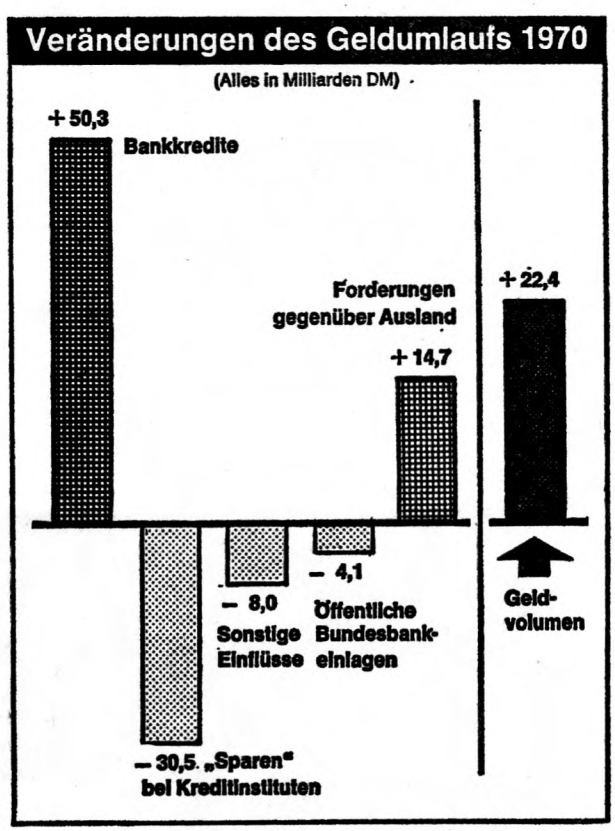
Auch zu einem anderen Problem hat der Staatssekretär dieser Tage seine Meinung kundgetan, nämlich bei der Beantwortung der Anfrage eines SPD-Bundestagsabgeordneten hinsichtlich des Einflusses der Banken auf Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Einfluß, so meinte Rosenthal, könne am besten durch wettbewerbsfördernde Maßnahmen unter Kontrolle gehalten werden; eine zusehends wichtigere Funktion übten hierbei die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute aus. Rosenthal wies vor allem auf den Zinswettbewerb hin.

Als ob dies das wichtigste Problem beim Thema Banken sei! Selbst die hohen Beteiligungen der Banken an Unternehmen und ihre Einflußnahme über das sogenannte Depotstimmrecht spielen heute eine Nebenrolle im Verhältnis zu jenen Gefahren, die uns aus dem Mißbrauch einer ganz anderen „Macht" der Banken entstanden sind: nämlich aus dem Mißbrauch ihrer Fähigkeit, über die Kreditgewährung selbst Geld zu „schöpfen" oder durch Aufnahme von Auslandsgeldern unseren eigenen Geldumlauf inflationistisch aufzublähen.

Der jüngste Monatsbericht der Deutschen Bundesbank weist mehrfach und äußerst besorgt auf diese Unterminierung unseres Geldwertes hin. Immerhin haben die Banken und Sparkassen im vergangenen Jahr ihre Kreditgewährung per saldo um 50,3 Milliarden DM erhöht Zieht man hiervon die Bestandsveränderung der Spareinlagen und längerfristigen Terminkonten (+ 30,5 Milliarden DM) ab, dann verbleibt ein Überschuß der Kreditgewährung von rund 20 Milliarden DM. Zu diesen 20 Milliarden an neuem, zusätzlichem Geld kommen noch 14,7 Milliarden DM als Forderungssaldo von Banken und Bundesbank gegenüber dem Ausland: Um so viel war 1970 der Devisenstrom zu unseren Banken größer als der Devisenabfluß. Und da dieser Devisen-überschuß in D-Mark umgetauscht wurde, erhöhte sich entsprechend der Geldbestand der inländischen Unternehmen und sonstigen „Nichtbanken".

Vermindert wurde die umlaufende Geldmenge dadurch, daß der Staat seine Einlagen bei der Bundesbank um 4,1 Milliarden DM erhöhte, und zwar vor allem durch die Aufstockung der Konjunkturausgleichsrücklage. Schließlich gab es 1970 noch eine Geldverminderung durch „sonstige Einflüsse" in Höhe von 8,0 Milliarden DM, zum Teil eine Folge von sogenannten Offenmarktgeschäften der Bundesbank mit Nichtbanken: Die Notenbank verkaufte Schatzanweisungen und andere Schuldscheine des Bundes an Sozialversicherungsunternehmen, was ja eine Abschöpfung des Geldkreislaufs bedeutet.

Faßt man alle Posten zusammen, dann errechnet sich per saldo eine Erhöhung das Geldvolumens um 22,4 Milliarden DM. Im Hinblick auf die erwünschte Stabilität der Kaufkraft unseres Geldes ist das ein trauriger Rekord. Denn diese 22,4 Milliarden bedeuten eine Zunahme der Geldmenge um 19,6 Prozent, während sich das gesamte Güterangebot in der Bundesrepublik voriges Jahr nur um 4,7 Prozent erhöhte. Und nicht zuletzt die von Staatssekretär Rosenthal als „Wettbewerbsförderer" gelobten öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute haben Ihren gehörigen Teil zu der inflationistischen Geldaufblähung beigetragen.



(HAZ vom 20. / 21. Februar 1971)

Abschrift 1/ 2017

Tristan Abromeit
~~3000 Hannover-Kleefeld, Kaulbachstr. 25~~

Februar / 1971

An die Hannoversche Allgemeine Zeitung
3000 H a n n o v e r
Anzeigerhochhaus

Leserzuschrift

Den Titel „Trauriger Rekord“ des Artikels von Gerd Grope (HAZ vom 20. / 21. Februar 1971 S.5) kann man auf die Wiederholung der Behauptung anwenden, die Banken seien in der Lage, Geld zu schöpfen und würden durch die Aufnahme von Auslandsgeldern unseren eigenen Geldumlauf inflationistisch aufblähen. Die erste erst Behauptung ist ein wirtschaftswissenschaftlichen Märchen, die zweite Behauptung gilt nur bei den jetzt vorhandenen fixierten Wechselkursen. Da die Bundesregierung für die Wechselkurse zuständig ist, hat, auch diese Geldschöpfungsmöglichkeit zu vertreten.

Laut HAZ-Bericht vom gleichen Tage soll die Bundeswehr 400 Flugzeuge zum Stückpreis von 14 Millionen erhalten. Für den Betrag von 1/10000 einer Maschine könnte sich die Wirtschaftsredaktion der HAZ mit Hilfe des volkswirtschaftlichen Planspiels von Karl Walker über den wirtschaftspolitisch so bedeutsamen angesprochenen Fragenkomplex Klarheit verschaffen.

Nebenbei Das die zum Teil die Inflation kompensierende Mindestreserve-Pflicht der Geschäftsbanken eine grobe Verletzung unserer sonst für heilig gehaltenen Eigentumsordnung ist, ist bisher nur wenigen Wirtschaftstheoretikern und -politikern aufgegangen.
Gez. Tristan Abromeit

Prospekt des Walker-Modells folgt.

(Abschrift von der Original-Durchschrift Januar 2017)

Hannoversche Allgemeine
ZEITUNG

VERLAGSGESELLSCHAFT MADSACK & CO., HANNOVER

Verlagsgesellschaft Madsack & Co. • 3 Hannover 1 • Postfach 209

Herrn
Tristan Abromeit

3 Hannover-Kleefeld
Kaulbachstr. 25

**WIRTSCHAFTS-
REDAKTION**

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Telefon (Direkt-Durchwahl)	3 Hannover, Anzeiger-Hochhaus
		Gr/wi	1676/440	1.3.1971

Sehr geehrter Herr Abromeit !

Wir freuen uns über jeden Brief, in dem Leser ihr Interesse an Berichten und Artikeln in unserer Zeitung bekunden. Das gilt auch für Ihre Zuschrift.

Von einer Veröffentlichung möchten wir aber Abstand nehmen, und zwar deshalb, weil wir Ihre Meinung, die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken sei ein wirtschaftswissenschaftliches Märchen, nicht ohne Kommentar gewissermaßen im Raum stehen lassen könnten. Ein solcher Kommentar aber würde einen zu großen Raum in Anspruch nehmen.

Was die Geldschöpfung betrifft, so haben wir diesen Prozess im Laufe der letzten 12 Jahre mehrfach in größeren Artikeln im Rahmen unseres Wirtschaftsteils unseren Lesern dargestellt und erläutert.

Mit der Bitte, für unseren Standpunkt Verständnis zu haben, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG
Wirtschaftsredaktion

Gerd Grope

PS:
Ich selbst habe die Geldschöpfung u.a. in meinem Buch "Die Zweitbeste Wirtschaft"(Verlag Dr. Gabler, Wiesbaden) populär dargestellt.

Fernschreib-Nr. 09 22833-34 / Telefonische Anzeigenaufnahme 1 67 67 / Postscheckkonto Hannover 1 60 / Bankverbindungen: Landesbank Hannover Kto. 2 300
Dresdner Bank AG in Hannover Kto. 1 040 777, Deutsche Bank AG in Hannover Kto. 4/37 293, Commerzbank AG in Hannover Kto. 15/00 164

Aufschub

Von Gerd Grope

Eine Atempause für die Bundesrepublik bis zum 1. Juli, um in der Zwischenzeit notfalls neue Dämme gegen die anbrandende Dollarflut aufzubauen - das ist das eine Ergebnis, auf das sich die kleineuropäischen Währungspolitiker der EWG am Ende ihrer Brüsseler Marathonsitzung einigen konnten. In anderer Hinsicht bedeutet dieser Beschluß einen, Kompromiß: Die - begrenzte und befristete - Freigabe des Wechselkurses der D-Mark gegenüber dem Dollar und anderen Währungen außerhalb der EWG braucht die Bundesregierung nicht im Alleingang vorzunehmen. Sie hat hierfür den Segen der Partnerländer erhalten, wenn auch widerstrebend, besonders was Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing angeht, der sich in Brüssel in der Rolle eines Bannerträgers der europäischen Einheitsidee gefiel.

Wenn am Montag die deutschen Devisenbörsen wieder eröffnet werden, könnte der Dollar an den Kurstafeln erheblich unter 3,66 DM erscheinen, also unter dem sogenannten Paritätskurs, der seit der DM-Aufwertung vom Oktober 1969 gilt. Diese „Freiheit" ist uns nämlich in Brüssel zugebilligt worden, während die Bundesbank bisher schon kursstützend eingreifen und jede Dollarmenge ankaufen mußte, wenn der Dollarkurs unter eine Tiefstgrenze von 3,63 DM zu fallen drohte. Entsprechend wird also der Dollar vorübergehend bis zum 1. Juli abgewertet und die D-Mark entsprechend aufgewertet.
Was soll dieser Spielraum, lohnt er den ganzen Brüsseler Aufwand? Letztlich hoffen wir, hiermit -- wenn auch nur vorübergehend - eine Waffe gegen den Preisauftrieb in der Bundesrepublik zu erhalten, und zwar in mehrerlei Hinsicht:

Vor der Schließung unserer Devisenbörsen am letzten Mittwoch sind mehrere Milliarden Dollar in die Bundesrepublik geflossen, weil man auf eine Aufwertung der D-Mark spekulierte. Für jeden dieser Dollar mußte die Bundesbank im Umtausch mindestens 3,63 DM bezahlen. Ab kommenden Montag wird kein Devisenspekulant noch Interesse an solchen Geschäften haben, wenn der neue Dollarkurs so tief liegt, daß auch nach einer etwaigen DM-Aufwertung kein Profit mehr zu erwarten ist. Wird der spekulative Dollarzustrom derart abgebremst, dann verschwindet auch eine Hauptquelle für die inflationistische Aufblähung unseres eigenen Geldumlaufs. Denn durch den Umtausch der Dollarmilliarden mußte ja die Bundesbank Riesenmengen von D-Mark in die Welt oder besser: in die Bundesrepublik setzen. Da nun „vagabundierende" Dollar woanders Anlage suchen werden, hat die Schweiz als Abwehrmaßnahme ihre 7,0 Prozent aufgewertet, also den Schweizer Franken um diesen Satz für die Spekulanten verteuert. Mit einer Aufwertung des Schillings um 5,05 Prozent hat sich Österreich diesem Vorgehen am Sonntag noch angeschlossen.

Von einer Quasi-DM-Aufwertung im Zuge der Wechselkursfreigabe wird außerdem ein unnittelbar Druck auf unseren Preisanstieg erwartet, jedenfalls was den Warenhandel mit den USA und anderen Ländern außerhalb dr EWG betrifft. Denn eine „teurere" D-Mark verbilligt ausländische Waren bei der Einfuhr in die Bundesrepublik (es sei denn, der ausländische Lieferant oder der deutsche Importeur steckt den „Aufwertungsgewinn" in die eigene Tasche) und verteuert unsere eigenen Exporterzeugnisse für das Ausland.

Gerade der letzte Punkt hatte verständlicherweise unsere Industrie von vornherein veranlaßt, gegen Schillers Plan einer Wechselkursfreigabe oder direkten Aufwertung der D-Mark Stellung zu beziehen; Vom Standpunkt einer so stark exportabhängigen und ohnehin von der Kosteninflation erfaßten Industrie, die sich außerdem noch in der Phase eines Konjunkturabschwungs befindet, ist dies durchaus verständlich. Aber einen gewichtigen Gegeneinwand müssen sich gerade unsere Großunternehmen gefallen lassen: Die gefährliche Devisenflut hatte ja erst in letzter Zeit (aufwertungs-)spekulative Gründe. Allein im Jahre 1970 nahmen deutsche Unternehmen über 14 Milliarden DM Kredite deshalb im Ausland auf, weil die Zinsen draußen niedriger waren als hierzulande. Mit diesem Devisenimport hat unsere eigene Wirtschaft die um bessere Preisstabilität bemühte Dämpfungspolitik der Bundesbank ebenso unterlaufen, wie dies durch den spekulativen Devisenzustrom geschah. Volkswirtschaftlich gesehen, haben unsere Unternehmen mit diesen Auslandskrediten gewissermaßen die Lohnkosteninflation finanziert, unter der sie heute so stöhnen.

Volkswirtschaftlich gesehen,finanziert schließlich die Bundesrepublik ebenso wie jedes andere Land, das per saldo Dollar aufkauft, das Defizit in der amerikanischen Zahlungsbilanz. Seit Jahren also bezahlen wir und andere in Höhe unserer Dollarüberschüsse - militärische Ausgaben der USA in aller Welt, sei es in Vietnam, sei es zur Verteidigung Westeuropas oder für andere amerikanische Stützpunkte, ebenso wie die Entwicklungshilfe der Amerikaner. Seit Herbst 1970 sind wir auch Mitbezahler jener Ankurbelungspolitik, mit der Präsident Nixon der Arbeitslosigkeit in den USA zu Leibe rücken und seine persönliche Basis für das Wahljahr 1972 festigen will.

Das ist nun einmal für uns die ökonomische und inflationistische Kehrseite einer amerikanischen Politik, deren Sinn und Richtigkeit an dieser Stelle gar nicht erörtert werden soll. Die Kehrseite hängt damit zusammen, daß der amerikanische Dollar auf Grund des bestehenden internationalen Währungsabkommens die sogenannte Leitwährung für den weltweiten Handels- und Zahlungsverkehr ist. Aber diese Leitwährung, deren Kurs - als einzige von allen Währungen - an eine bestimmte Menge Gold gebunden ist, entstand und bewährte sich zu einer Zeit, als Europa nicht unter Dollarüberschuß, sondern einer großen Dollarlücke zu leiden hatte, für deren Überbrückung mit Hilfe des Marshallplans wir alle den Amerikanern noch Dank schulden. Da sich nun aber einmal die Verhältnisse völlig gewandelt haben, wird die Schaffung einer neuen, wertbeständigeren Leitwährung das wichtigste Problem für

die längst fällige Reform der internationalen Währungsordnung bleiben.

Zunächst jedoch geht es darum, den jetzt in Brüssel vereinbarten Aufschub bis zum 1. Juli zu nutzen. Wird die erweiterte Schwankungsbreite des DM-Kurses bis dahin nicht genügen, um die Dollarflut einzudämmen, dann müssen vielleicht doch noch dirigistische Abwehrmaßnahmen ergriffen werden: beispielsweise derart, daß die Bundesbank nur noch jene Dollarmengen zu einem bestimmten Kurs ankaufen muß, denen Güter- oder langfristige Kapitalströme zugrunde liegen, während die Kurse für spekulative Finanzdollar sich auf einem nicht gestützten Devisenmarkt bilden würden.

Und nicht die leichteste Aufgabe wird es sein, die Landwirtschaft in der Bundesrepublik vor Schäden zu bewahren, die ihr vor oder nach dem 1. Juli durch währungspolitische Maßnahmen entstehen. Stichwort hierfür ist der sogenannte Grüne Dollar, also die gemeinsame Verrechnungseinheit für alle Agrarprodukte, die der EWG-Marktordnung unterliegen. Im Grunde gilt für diese Agrarwährung ähnliches wie für den Dollar als internationale Leitwährung: Sie ist ein Fremdkörper, solange die beteiligten Länder nicht nach einer gemeinsamen Maxime währungspolitischer Stabilität handeln - zu deutsch, solange sie sich über das Ausmaß einer „zumutbaren" Geldentwertung nicht einig sind.

(HAZ 10. Mai 2071)

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT 1950 e.V.
~~NIEDERSACHSEN-ZWEIG~~
~~3 Hannover-Kleefeld, Kaulbachstraße 25~~

Hannoversche Allgemeine Zeitung i
- Wirtschaftsredaktion -
3000 Hannover 1
Postfach 2o9

Hannover, den l0. 5. 71

Sehr geehrter Herr Grope,

Ihr heutiger Leitartikel „Aufschub" zur Freigabe des Wechselkurses der DM durch die Bundesregierung erinnerte mich daran, daß ich Ihre Antwort vom 1. 3. 71 auf mein Schreiben vorn (ohne Datum) zu Ihrem Artikel „Trauriger Rekord" vom 20. / 21. 2.71 noch erwidern wollte.

Ich hatte geschrieben, daß die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken ein wirtschaftswissenschaftliches Märchen sei. Sie erwidern, daß die HAZ in den letzten 12 Jahren diesen Prozeß (der Geldschöpfung) mehrfach in größeren Artikeln erläutert habe.

Beide Aussagen kann man kommentieren mit einem Zitat von dem Pressesprecher der Bundesregierung Ahlers: „Behauptungen werden nicht wahr durch ihre Wiederholung."

Es müßte konsequenterweise eine gemeinsame Antwort erarbeitet werden; dazu wird aber keine Zeit für übrig sein. Sie werden daher sich in Ihren Beiträgen zu diesem Thema wiederholen, bis die Ereignisse wie im Fall der Wechselkurse zu neuem Durchdenken zwingen.

Wenn ich so urteile, dann nicht aus einer Antipathie oder Frontstellung heraus, sondern weil ich Ihre Denkstruktur so einschätze.

Ich habe Ihren Vortrag vom 3. März in der VHS gehört. Im gewissen Sinn ein Genuß, in jedem Falle eine Erbauung für den Nichteingeweihten in keinem Fall eine Orientierungshilfe zum politischen Handeln.

Ich habe eine 21seitige Analyse Ihres Buches „Die zweitbeste Wirtschaftsordnung" gelesen. Der Schlußsatz lautet: „"Giersch warnte bereite im Vorwort, daß Grope die Nationalökonomen nicht immer zu befriedigen vermöge, vor allem nicht die liberalen, wäre hinzuzufügen. Wäre Grope bei ihnen in die Schule gegangen, dann hätte er vielleicht ein Buch über „Die beste Wirtschaft" geschrieben."

Mit freundlichen Grüßen Tristan Abromeit

Anlage SG-Kommentare vom April 1971 1 (Hinweis: Das neueste Buch von Karl Walker wird in Kürze unter dem Titel „Milliardenvergeudung durch die Mehrwertsteuer" herauskommen.)
(Abschrift von der Originaldurchschrift, Januar 2017

sg-kommentare
zum wirtschafts- und sozialpolitischen Zeitgeschehen

==== Herausgeber: SOZIALWISSENSCHAFTLICHE GESELLSCHAFT 1950 e.V.====
5300 B O N N Rheinweg 85 Tel.(02221) 22 29 38
==== Postsch'kto: Hamburg 10 44 00 Sozw.Gesellschaft,Düsseldorf ====

Die SG-Kommentare erscheinen in zwangloser Folge. Ausgabe A: für Mitglieder und Förderer ohne Nachdrucks-Rechte; Ausgabe B: mit Nachdrucks-Erlaubnis zu presseüblichen Bedingungen und mit Quellen-Angabe.
Verantwortlich für den Gesamt-Inhalt: KARL WALKER, 5481 ALTENAHR üb. Remagen.

April 1971

Zur Einführung

Wir haben unsere „Kommentare" bisher immer nur an die Mitglieder und Freunde der "Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft" e.V.herausgehen lassen. Mit dieser heutigen Ausgabe ziehen wir den Kreis der Empfänger zum ersten mal etwas weiter, auch Presse und Rundfunk, Publizisten und ansprechbare Politiker sollen ab und zu - manchmal vielleicht etwas provozierend - auf Überlegungen gestossen werden, die man schon beinahe nicht mehr für möglich gehalten hätte.-

Wir sind nämlich als "Sozialwissenschaftliche Gesellschaft" e.V. ein Verein besonderer Art. Wir haben noch so etwas wie Grundsätze, von denen wir nicht lassen können. - Einer dieser Grundsätze ist: wo immer wir in Publikationen, Vorträgen, Tagungen und Seminaren zu den heutigen Problemen unserer Gesellschaft und Wirtschaft etwas zu sagen haben, wird es unter ordnungspolitischen und nicht unter interessenpolitischen Gesichtspunkten geschehen, Interessenpolitik ist zwar der Zug unserer Zeit und manch einer meint, man könne doch nicht gegen den Strom schwimmen. - Doch dazu sagt ein chinesisches Sprichwort, das seien die "toten Fische" die das nicht können, - die lebendigen können es ! -

Vielleicht kommt es ein wenig auf den Mut an, die Kehrtwendung zu wagen ? Wer immer so denkt,wie die anderen um ihn herum, der wird natürlich immer mitgeschwemmt. Mit dem ist von unserer Sicht aus nichts - von den etablierten Mächten her aber alles zu machen ! - Dazu wollen wir - und dazu sollten Sie - nicht gehören !

Diese Blätter dienen dem Kontakt mit aufgeschlossenen, kritisch denkenden Naturen, gleichgültig welcher parteipolitischen Konfession sie angehören mögen. Das musste wohl, - so meint der Herausgeber - den neuen Lesern erst einmal ein wenig erklärt werden.

D.H.

D I N O S A U R I E R E W G

Die respektlose Überschrift ist keine eigene Erfindung; sie ist aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3.2.1971 übernommen. Der Verfasser meinte, diese EWG schicke sich an, "riesige Ausmaße zu entwickeln" und werde dabei "doch immer unfähiger, vernünftige Entscheidungen zu treffen." .

Genau dasselbe meinte auch der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister kürzlich, als er von Brüssel ersucht wurde, die Investitionsprämienzahlungen - mit denen man im Kohlenrevier strukturpolitik betreiben wollte - einzustellen.- Jedenfalls schien ihm in Brüssel "ein erschreckender Mangel von Verständnis für die Probleme des Rhein-Ruhr-Gebietes" vorzuliegen. - Ohne nun gerade die Investitionsprämie für das wichtigste Problem zu halten, kann man da nur sagen: manche Politiker merken aber auch alles ! - wenn es nur nicht meistens zu spät wäre. -

+

Da ist in der letzten Zeit viel von den erhabenen Zielen der EWG, von der stufenmässig nach dem "Werner-Plan" zu verwirklichenden Wirtschafts- und Währungs-Union geredet und geschrieben worden. Wenn diese braven Europa-Enthusiasten nur wenigstens erst einmal die Texte aus Brüssel gelesen und dann eine kritische Denkpause eingelegt hätten ! -

Wir können uns hier natürlich nicht mit den Einzelheiten der Brüsseler Währungs- und Konjunkturpolitik befassen; das bewältigt man nicht zwischen Tür und Angel. Doch wer auch nur einen Funken kritischer Aufmerksamkeit für die bewegenden Probleme unserer Zeit hat, der müßte ja allgemach bemerkt haben, dass die Währungsfragen und die damit verzahnten Konjunkturprobleme fachwissenschaftlich alles andere als geklärt sind.- Gleichwohl macht Brüssel auf der Basis von Theorien, die einem Kundigen die Haare zu Berge stehen lassen können, "Stufenpläne" in eine Zukunft hinein, - - in der es für die nationalen Regierungen keine Korrekturmöglichkeit mehr geben soll ! -

Man verstehe das jetzt nicht falsch ! - Es geht nicht darum, die Einigung Europas zu verketzern. Wer aber solche Sachen machen konnte, wie Brüssel mit seiner Agrarmarktordnung und seinem "grünen Dollar", - und dabei immer noch nicht einsieht, dass diese ganze Methode falsch ist, dem sollte man nicht noch mehr Souveränitäts-Rechte zu noch gewagteren Experimenten zu Füssen legen !

Dieser Apparat will dirigieren. Alles will er dirigieren - und unabänderlich soll es dann sein ! - Wie mögen sich unsere Politiker eigentlich die Mitentscheidung der EWG in der Bonner Haushaltspolitik vorstellen ? - (wo sie doch unter sich kaum damit fertig werden).- Dazu heißt es nämlich in den Plänen der EWG, "zur Erleichterung der haushaltspolitischen Harmonisierung" müßten die Arbeiten über den Haushaltsvergleich "vertieft" werden.

> "Quantitativ hätte der Vergleich sämtliche öffentliche Haushalte, also auch die Haushalte der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen einzuschliessen.."

..also sämtliche Haushalte der Mitgliedstaaten zuzüglich sämtlicher Haushalte der Länder und Gebietskörperschaften, zuzüglich sämtlicher Haushalte der Sozialversicherungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten sollen - bevor sie zu Hause verbindlich verabschiedet werden können - erst einer Mammut-Beratung in Brüssel unterzogen werden.-

Derartiges – so meint man in Brüssel – sei für die gesamte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik nötig (!) – und nicht genug damit, müssen auch "die Sozialpartner an der Vorbereitung der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik beteiligt werden".

Haben wir also richtig verstanden ? – es werden nicht nur Politiker aus aller Herren Länder, sondern auch die Träger der Sozialversicherungen, die nationalen Unternehmerverbände und Gewerkschaften mitberaten müssen, um für jeden einzelnen Mitgliedstaat die "richtigen Daten" und Weisungen zu finden (!) – Und dann geht es weiter:

> "Die Empfehlungen zur Orientierung der Wirtschaftspolitik werden sich in spezifischer Form an jeden einzelnen Mitgliedstaat wenden müssen. Daher wäre an eine allgemeine Vereinbarung zu denken, daß sich das jeweils betroffene Land der Stimme enthält, falls über derartige Empfehlungen abgestimmt wird.." – –

"Empfehlungen" haben trotz der konzillianten Sprachregelung von Brüssel – was manchen Leuten noch gesagt werden muß – , auf deutsch die Bedeutung verbindlicher Anordnungen ! – Das muss man vorher wissen, dann braucht man sich nachher nicht zu wundern.– Im übrigen ist es ja auch die einfache Konsequenz der "Abtretung von Souveränitätsrechten".

> "..Es werden Zuständigkeiten von nationaler Ebene auf Gemeinschaftsebene übertragen werden müssen..",.....

heißt es auch im Werner-Bericht, – und demzufolge besagt nun also der obige Passus, dass beispielsweise über den Etat der Bundesrepublik wohl von Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Luxemburg und gegebenenfalls weiteren neuen EWG-Mitgliedern beschlossen wird, – aber unter Ausschluß der Bundesrepublik (!) – Dafür dürfen dann die bundesdeutschen Vertreter wieder mitbestimmen, wenn es um Italien oder Luxemburg oder irgend einen anderen Mitgliedstaat geht.–

*

Hand aufs Herz ! – gibt es denn einen auch nur leidlich vernünftigen Menschen in Europa, der sich das alles (und noch mehr) überlegt und sooo vorgestellt hat – – – und dann von einem solchen Europa begeistert sein kann ? – Man komme uns doch nicht mit den markigen Redensarten von der Notwendigkeit, "die nationalstaatliche Krähwinkelei zu überwinden", (wie der Ehrenpräsident der ständigen Konferenz der Handelskammern aus den EWG-Ländern, Herr Alwin Münchmeyer kürzlich meinte). – Erstens ist die Integration Europas auch auf dem Wege eines föderativen Zusammengehens möglich, wie Pompidou es vorschlägt; und zweitens handelt es sich ja nicht um eine "Krähwinkelei", die da geopfert werden soll, sondern um die demokratischen Grundrechte der Selbstbestimmung, in denen eben als "Souveränitätsrecht" auch die Bewegungsfreiheit enthalten ist, wenigstens wieder berichtigen zu können, was in unserer unvollkommenen Demokratie in vorausgegangenen politischen Entscheidungen falsch gemacht worden ist ! Brüssel verbaut diese Möglichkeiten; Brüssel will globale und am Ende für alle Beteiligten unwiderrufliche Entscheidungen. Immer soll demjenigen das Stimmrecht verweigert sein (siehe oben), von dem ein Widerspruch kommen könnte,, der also von der Mammut-Entscheidung der Unbeteiligten nachteilig betroffen ist. – Wir sollten den Franzosen dankbar sein, dass sie zuweilen die Bremsen anziehen.

Karl Walker

N i c h t g u t b e r a t e n - - -

Kein Tag vergeht, ohne dass irgend einer von Denjenigen, die selbst Verursacher oder mittelbare Nutzniesser der Geldvermehrung sind, der Inflation in markigen Worten den "Kampf ansagt" oder seine „warnende Stimme" erhebt und dem schuld- und ratlosen Volk ernst tönende Vorhaltungen macht. Das "Haltet den Dieb!" ist eine altbewährte Taktik.-

Und doch - ganz und gar gehen diese Verlautbarungen auch wieder nicht auf "Taktik" zurück. Aufrichtig besorgte Politiker reden zuweilen ganz ähnlich. Sie scheinen blind dafür zu sein, woher der Nachfrage-Überhang kommt; und sie wissen auch nichts davon, dass sich diese Übernachfrage (wenn sie nicht an der Quelle gestoppt wird) mit marktgesetzlicher Zwangsläufigkeit verteilen muß !

+

Hat nicht Bundesbankpräsident Klasen kürzlich gesagt, er wolle lieber den weiteren Devisenzustrom in Kauf nehmen, als dass er seine Restriktionspolitik (hoher Diskontsatz, hohe Abschöpfungen) lockern wolle? - Und der Konjunkturrat hat da noch beigepflichtet.-

+

Eine Geldvermehrung, die(mangels aussenwirtschaftlicher Absicherung)über den Devisenankauf der Bundesbank in die deutsche Volkswirtschaft eingeschleust wird, bewirkt - wie etwa die Flüssigkeitszufuhr in einem System kommunizierender Röhren - den Auftrieb des ganzen Volumens! - Es ist mit naturgesetzlicher Gewißheit nicht möglich, die mit der Geldvermehrung eingeschleusten monetären Ansprüche auf Güter lediglich auf den Maschinenmarkt, oder auf den Textil-Sektor, oder auf Hausrat und Elektrogeräte zu beschränken. Da alle Güter "normalerweise",d.h.in einer Periode länger anhaltender Stabilität, untereinander in ganz bestimmten leistungsbedingten Wert-Relationen stehen, bringt eine Einschleusung zusätzlicher Nachfrage auf dem vom Zufluß betroffenen Sektor einen Auftrieb, der sich zwangsläufig über die benachbarten Sektoren fortpflanzt - bis zum Niveau-Ausgleich.-

Es ist der Trend der Marktgesetzlichkeit, auch bei partiell aufgetretener Übernachfrage und partiell gestiegenen Preisen, die "richtigen" Wert-Relationen auf einem höheren Niveau wieder zurecht-zurütteln. - Preis- und Lohnsteigerungen können erst aufhören, wenn dieser Prozess des Zurechtrüttelns abgeschlossen ist; solange aber fortgesetzt neue Schübe von zusätzlichen monetären Ansprüchen (aus dem Devisenankauf der Bundesbank) eingeschleust werden und diesen Prozess stoppen - und wieder von vorn beginnen lassen - ist keine Stabilität zu gewinnen.-

KARL WALKER

Mit dem Rechenstift an die LOHN-PREIS-SPIRALE:

Die schlichte Ansicht, dass die Lohnerhöhungen die Preise treiben, findet man in den meisten Presse-Organen - von "Bild" bis "Spiegel" -; dass die Sache aber in Wirklichkeit gar nicht so sein kann, hat die sicherlich nicht gewerkschaftshörige Zeitschrift "Capital" (Verlag Gruner & Jahr) vor einiger Zeit rechnerisch nachgewiesen.

"Capital" zeigt (in Nr. 11/1970), dass ein Arbeitnehmer, wenn er nur den Kaufkraftschwund von 1969 auf 1970 mit 4 Prozent Zulage in seiner Lohntüte ausgeglichen bekommen soll, eine Lohnerhöhung von brutto 9 bis 17 %, im Durchschnitt 11 Prozent - erhalten mußte.

Prüfen wir einmal nach, wie die Sache 1970 auf 1971 für unseren Lohn- oder Gehaltsempfänger aussieht:

April 1970:	Steuerpflichtiger Brutto-Lohn		DM 1350.--
	Lohnsteuer (St'Kl. III/2).....	DM 130.--	
	Kirchensteuer.....	13.00	
	Krankenkasse.....	54.00	
	Rentenversicherung.....	114.75	
	Alo-Beitrag.....	8.78	
		320.53	320.53
	Netto-Auszahlung.....		1.029.47
	Zuschlag: Inflationsrate 1970/71 ca 4 %.....		41.16
	Notwendiger Netto-Lohn für April 1971.....		1.070.63
April 1971:	Steuerpflichtiger Brutto-Lohn.....		DM 1.495.69
	Lohnsteuer (St-Kl. III/2).....	158.50	
	Kirchensteuer.....	15.85	
	Konjunktur-Zuschlag.....	15.85	
	Krankenkasse.....	97.61	
	Rentenversicherung.....	127.50	
	Alo-Beitrag.....	9.75	
		425.06	425.06
	Netto-Auszahlung.....		DM 1.070.63

Wie man sieht, ist der Kaufkraftverlust von 1970 auf 1971 mit 41.16 Mehr-Auszahlung gerade erst ausgeglichen, während der Mann doch in Wirklichkeit mit einer Zulage von DM145.69 fast 11 Prozent mehr Brutto-Lohn erhalten hat - dabei aber unvermeidlicherweise auch in höhere Beitragsklassen geraten ist.-
Mit den DM 41.16 läßt sich also - dem Preisniveau hinterherhinkend - nur die Lücke gegenüber dem Vorjahr schliessen. Mehr Geld zu weiteren "preistreibenden" Anschaffungen hat der Mann nicht ! - denn mit dem anderen Teil der Lohnerhöhung, der sich auf DM 104.53 beziffert, kann er nichts anfangen.Diesen Teil haben Fiskus und Sozialversicherungen abgeschöpft, - was aber auch noch nicht heißt, dass diese jetzt den "Schwarzen Peter" haben ! (Die Quelle der Inflation sprudelt nämlich ungestört in einer ganz anderen Ecke weiter !)

K.W.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

DIE AKADEMIE FÜR FREIE UND SOZIALE ORDNUNG ALS
SOZIALPÄDAGOG. INSTITUT D. SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN
GESELLSCHAFT 1950 E.V. 425 BOTTROP, AUF DER KOPPE 8

L Ä D T E I N

ZUM W O C H E N S E M I N A R VOM 13. - 18.4.71

IN DORTMUND-BRACKEL, IM HAUSE DER "KOMMENDE"

LEITTHEMA: "VON DER DEMONSTRATION DES UNBEHAGENS
- ZUR AKTION EINER NEUEN ORDNUNG ! -

PROGRAMM DURCH SEKRETARIAT: BOTTROP, AUF D. KOPPE 8

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

T E E u m s o n s t....

Im vergangenen Sommer arbeitete eine von echtem jugendlichem Idealismus beseelte sozialreformerische Gruppe der "Demokratischen Union" auf der Insel Sylt, wo sie sich in den „Witthüs-Teestuben" eine bescheidene Basis geschaffen hatte. Dieses Domizil sollte Treffpunkt sein für alle, die Klärung suchten und offene Gespräche wünschten.- Und da kamen sie denn auch - - - und waren ungehalten darüber, dass auch "Liberale" zu Wort kamen (!) und dass die Getränke nicht umsonst abgegeben wurden (!!!)- Da mußte dann über das Selbstverständlichste und Primitivste geredet werden:

"Wir haben viel darüber diskutiert", berichtet die Gruppe in "Zeitkommentare für Jedermann" (Nr.303 vom 15.12.1970), "dass die Witthüs-Teestuben auf Sylt die Existenzgrundlage für einen Teil der Gruppe sind, dass nicht Tee, Bier usw. umsonst abgegeben werden können.- Manche fanden das "kapitalistisch". Sie empfanden es als einen Widerspruch, dass die Sylter einen Betrieb privat besitzen und gleichzeitig für die Abschaffung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln eintreten." - - -

In den Vorstellungen dieser Juso's hat die Erkenntnis noch keinen Raum, dass sie mit ihrem eigenen Verhalten - nur nehmen und nichts geben zu wollen - geradezu ultra-ausbeuterische Züge zur Geltung kommen lassen ! Ihre "Ideale" sind Verzerrungen nach der anderen Seite hin, vom Prinzip her in gedankenlosem Radikalismus noch direkter auf die Ausbeutung der Tätigen und Schaffenden ausgerichtet - als im kapitalistischen System üblich.-

H.W.

Das ÖKONOMISCHE WELTBILD der JUSOs

"Frei wollen wir werden, wie die Vögel des Himmels,
sorglos in heiteren Zügen und süsser Harmonie
durchs Leben ziehen wie sie !"
(W.Weitling, 1808 - 1871)

Neben den grossen aussenpolitischen wie auch wirtschafts= und finanzpolitischen Problemen der Bundesregierung hat die SPD auch noch ihre Sorgen mit dem zunehmenden Links-Drall ihres Nachwuchses.

Es rächt sich jetzt, daß man in der SPD auf dem Sektor "politische Bildung" kaum jemals etwas für die mindestens seit dem Godesberger Programm (1959) erforderliche Vermittlung volkswirtschaftlicher Kenntnisse getan hat. Was jetzt an berechtigter Kritik der heutigen Zustände aufkommt, ist infolgedessen mit erschreckenden Lücken in den wirtschaftlichen Grundkenntnissen durchsetzt.- Dafür ist die Kritik der Jungen verwoben - - nicht einfach mit marxistischen, sondern fast mehr noch mit vormarxistischen Vorstellungen von "Sozialismus"! - Diese Ultra-Linken der Jusos wären imstande, ganz von vorne wieder anzufangen und alle Lehren und Erfahrungen eines Jahrhunderts - einschliesslich der Erfahrungen der Sowjet-Union - in den Wind zu schlagen.-

Da kommt nun alles wieder vor, von der Abschaffung der Marktwirtschaft, des Eigentums, des Geldes bis zur kostenlosen Güterverteilung, kostenlosem Wohnen, kostenlosem Verkehr usw., alles Träume, wie sie in ähnlicher Weise schon der Schneidergeselle Wilhelm Weitling vor hundert Jahren geträumt hat.- Doch um solche Träume zu erfüllen, bedürfte es eines Schlaraffenlandes.-

Es ist für uns gar keine Frage: die heutigen Verhältnisse sind in Einkommensverteilung und Vermögensschichtung höchst ungerecht.-Die Ungerechtigkeit besteht aber für unsere Begriffe gerade darin, dass die Güterverteilung in dieser Wirtschaft nicht leistungsbezogen erfolgt, daß es vielmehr Schichten gibt, die nach einem bestimmten Reglement, das man "kapitalistisch" nennen kann - das aber nicht einfach mit Marktwirtschaft, Eigentumsordnung, Leistungsprinzip und freiem Unternehmertum identisch ist - arbeitsloses Einkommen beziehen. Diese Verhältnisse werden aber nicht dadurch verändert, daß man Marktwirtschaft, Eigentum und Privatunternehmer abschafft,- - - und den Anspruch auf arbeitsloses Einkommen einer anderen Schicht überträgt ! -

Immer muß auf dieser unvollkommenen Welt irgend jemand im Schweiße seines Angesichtes etwas tun und dann auf die Früchte seines Tuns verzichten, - wenn ein anderer nichts tun und doch essen und wohnen und das Leben geniessen will, wie ein Kapitalist oder wie die besagten Vögel des Himmels.-

Über diese Zusammenhänge muss man sich erst einmal im klaren sein, danach läßt sich vielleicht nüchtern und sachlich darüber reden, was denn nun wirklich geändert werden müßte, um der sozialen Symmetrie näher zu kommen.

er

Das Problem des "ANTIZYKLISMUS" karl walker

Die Schwierigkeiten zwischen Haushaltspolitik einerseits und Konjunkturpolitik andererseits bringen die beiden zuständigen Minister - Prof.Karl Schiller und Finanzminister Alex Möller - mit zunehmender Deutlichkeit immer wieder auf Kollisionskurs.- Kann nun die Lösung darin bestehen, Wirtschaft und Finanzen zu einem Super-Ministerium zusammenzuwerfen und in eine Hand zu legen ? -

Da kann es nur eine Antwort geben: Nein ! - und zwar auch dann nicht, wenn sich der Minister a.D.Dr.h.c.Franz Josef Strauß dafür stark macht! -

Unsere wissenschaftsgläubige Regierung hat sich der "antizyklischen Konjunkturpolitik" verschrieben; doch unserer gleichfalls in Wissenschaft schwelgenden Opposition ist dieselbe - wegen deutlichen Versagens, was man hätte vorher wissen können +)- groteskerweise noch nicht antizyklisch genug. Alle zusammen haben sie nämlich ihre Rezepte aus denselben Lehrbüchern der "modernen Nationalökonomie". Darüber müßte man jetzt einmal ein wenig nachdenken:

1)...wenn jemand auf irgend einem Gebiet Entscheidungen trifft, - die er sich ja vorher überlegt haben muss,- und danach 2)...noch weitere Entscheidungen, mit welchen die ersten konterkariert (durchkreuzt, aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt)werden, - und wenn er dann 3)...trotzdem mit eiserner Entschlossenheit (in unserem Fall zusätzlich von einer zwar konformdenkenden aber nicht gerade wohlwollenden Opposition gehetzt) beides durchzusetzen trachtet, - dann beurteilt man dies im gewöhnlichen Leben normalerweise als Symptom einer besorgniserregenden Denkverwirrung! -

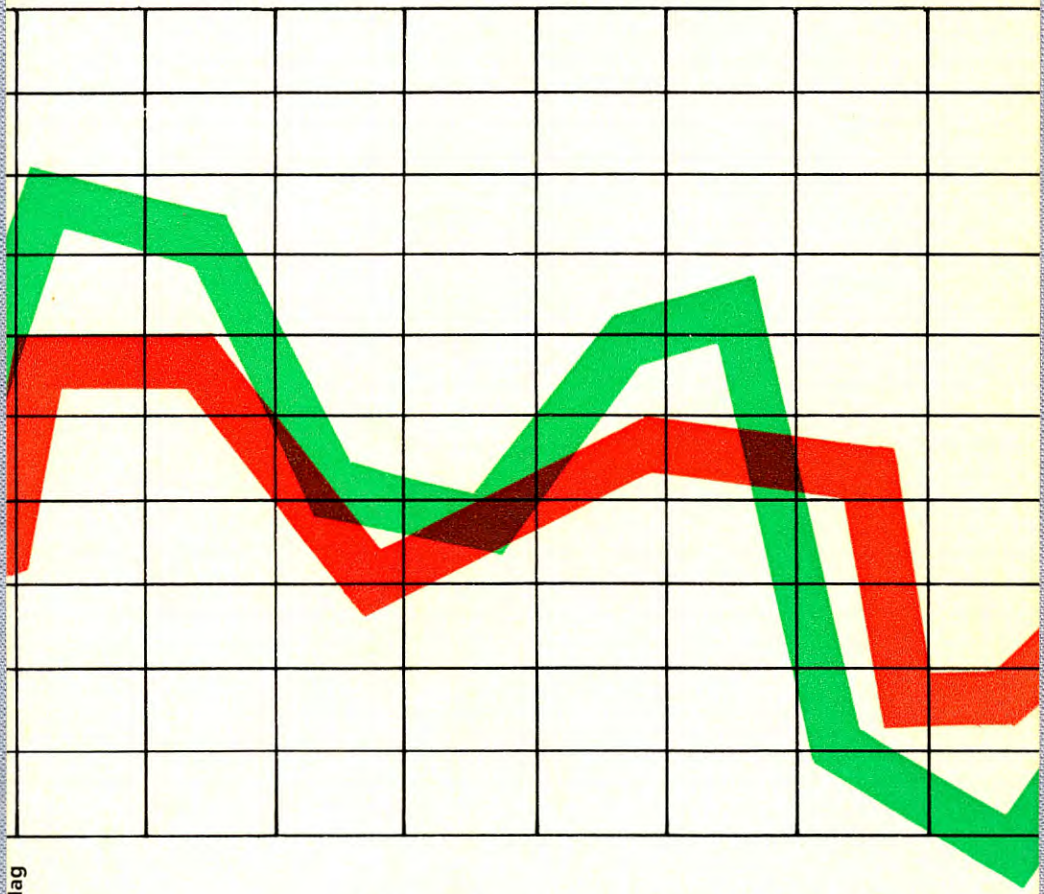
Nicht so in der Nationalökonomie ! - hier ist es "Wissenschaft" und macht als Problem von der Art des "magischen Dreiecks" den Herren Gelehrten fast so viel Kopfzerbrechen, wie anderen Unentwegten das Herumtüfteln an der noch immer nicht zustandegekommenen (seit Robert Mayer physikalisch unmöglichen) Erfindung des "Perpetuum mobile".

Unvereinbare Dinge soll man nicht miteinander vereinbaren wollen, Konjunkturpolitik nicht mit Haushaltspolitik verquicken !

+) siehe Anlage

Die zweitbeste Wirtschaft

Gerd Grope



Utopien und reelle Chancen in der modernen Wirtschaft

Dr. Th. Gabler-Verlag

Zum Geleit

(1) Könnten wir eine bessere Wirtschaftspolitik gebrauchen? Die Antwort lautet uneingeschränkt „ja", auch wenn wir zugeben müssen, daß in dieser zweitbesten Welt ziemlich alles ziemlich unvollkommen bleiben wird. Denn manches können wir der Wirtschaftspolitik ankreiden: daß die Preise steigen und alle paar Jahre einmal ein konjunktureller Rückschlag kommt; daß die Konzentration wirtschaftlicher Macht zunimmt und der Preis- und Qualitätswettbewerb oft nicht ausreicht, um uns vor überhöhten Preisen und minderwertigen Waren zu schützen; daß die Vermögens- und Einkommensverteilung recht ungleich ist und wir deshalb nicht von Start- und Leistungsgerechtigkeit sprechen können; und daß der Wettbewerb — so im Bereich der Reklame und der Ausbeutung der Naturschätze, zu denen auch Wasser und Luft gehören — manchmal Wege geht, die uns bedenklich stimmen.

(2) Könnten wir eine bessere Wirtschaftspolitik haben? Auch hier lautet die Antwort „ja". Aber sie bedarf einer Einschränkung: Die Wirtschaftspolitik kann nicht besser sein als der Bildungsstand der

Öffentlichkeit in gesamtwirtschaftlichen Fragen. Denn die Öffentlichkeit hat in der Demokratie wichtige Kontrollfunktionen. Positiv hat sie die Möglichkeit, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht anzuprangern; sie kann mit dem Finger auf monopolistische Verhaltensweisen zeigen, wenn immer zu vermuten ist, daß diese das öffentliche Interesse schädigen, und sie kann notfalls darauf hinwirken, daß der Gesetzgeber geeignete Schritte dagegen unternimmt.

(3) Die öffentliche Meinung als Kontrollinstanz in der Demokratie wird aber manchmal auch zum wirtschaftspolitischen Hemmschuh. Das gilt vor allem im Bereich der Konjunkturpolitik. Wenn hier häufig das Richtige zu spät geschieht und dann beinahe falsch wird, so liegt der Grund nicht selten darin, daß das öffentliche Bewußtsein um viele Monate hinter der tatsächlichen Konjunkturentwicklung herhinkt, aber Regierung und Parlament in der Demokratie nicht gut ohne die Zustimmung einer breiten Öffentlichkeit handeln können. Gewiß wäre es ein Zeichen staatsmännischer Weitsicht und Zielstrebigkeit, wenn zum richtigen Zeitpunkt auch Maßnahmen ergriffen würden, die unpopulär sind. Aber wo gibt es Staatsmänner, die in der Öffentlichkeit so viel Kredit haben, daß sie eine Phase der Unpopularität nicht zu scheuen brauchten? Außerdem: es gibt Eingriffe, die nur dann richtig wirken, wenn die sozialpsychologische Situation für sie günstig ist, d. h. die Öffentlichkeit, einschließlich der Unternehmen und der Gewerkschaften, nicht negativ reagiert.

(4) Also müssen wir, wenn eine bessere Wirtschaftspolitik not tut, aber nur mit und nicht gegen die öffentliche Meinung möglich ist, für ein besseres Niveau der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit sorgen. Ein Teil dieser Aufgabe fällt natürlich den Hochschulen zu; aber was ein Hochschullehrer lehrt, wird ja erst nach vielen Jahren wirksam, wenn die Studierenden eine einflußreiche Position im öffentlichen Leben erlangt haben.

(5) Schnelleren Erfolg verspricht die Aufklärung durch Wirtschaftsjournalisten in der Fach- und Tagespresse und in Funk und Fern-

sehen. Doch wenn Journalisten ihren Einfluß nicht aufs Spiel setzen, sondern steigern wollen, müssen sie die Zusammenhänge vereinfachen und das Interesse der Leser immer wieder neu entfachen. Daß der Sachzusammenhang dabei manchmal zur Karrikatur verzerrt wird, ist begreiflich; aber es ist nicht unvermeidlich, wie die Besten unter den deutschen Wirtschaftsjournalisten immer wieder zeigen.

(6) Mehr Raum als die Zeitungsspalten läßt dem Vermittler gesamtwirtschaftlicher Erkenntnisse das wirtschaftspolitische Sachbuch. Es bietet die Chance, den Leser mit komplizierteren Fragen vertraut zu machen, ohne daß er dazu verführt wird, in verkürzten Kausalketten zu denken oder das eigene Vorurteil durch das des Autors zu ersetzen.

(7) Gerd Grope, einer der erfahrensten und gründlichsten Wirtschaftsjournalisten in der Bundesrepublik Deutschland, hat die Darstellungsmöglichkeiten, die das Sachbuch bietet, erkannt und genutzt. Das Ergebnis mag den professionellen Nationalökonomen nicht immer befriedigen; aber der Leser, an den sich dieses Buch wendet, wird es verständlicher, interessanter und erregender finden als das, was ihm professionelle Nationalökonomen, die der Wissenschaft näher stehen als der Autor, gelegentlich zumuten.

(8) Wenn wir eine bessere Wirtschaftspolitik brauchen, sie aber nur haben können, sofern sich das Niveau der wirtschaftspolitischen Diskussion deutlich hebt, so steht zu hoffen, daß dieses Buch nicht nur dem Leser — und dem Autor — Nutzen bringt, sondern auf dem Umweg über eine aufgeklärtere Wirtschaftspolitik auch der breiten Öffentlichkeit selbst.

Kiel, im August 1970 *Herbert Giersch*

18. Das Geld und die Banken

Die Macht der Banken

Die Bundesbank ist also bisher mit ihrer Kreditpolitik dem Ziel eines stetigen Wachstums nicht näher gekommen. Das liegt einmal an der mangelnden Unterstützung durch den Staat — wozu auch dessen mangelnde Entschlossenheit bei der Währungspolitik gehörte, um spekulativen Geldbewegungen infolge zu hoher Ausfuhrüberschüsse vorzubeugen. Davon unabhängig fehlte es zumeist auch an einer genügenden Einflußnahme der Bundesbank auf die Kreditgewährung der Geschäftsbanken.

Ein direkter Einfluß in Form der Kreditplafondierung ist bisher in der Bundesrepublik nicht vorgesehen. Welche Möglichkeiten bestehen sonst? Um diese etwas komplizierten, aber für die Volkswirtschaft überaus wichtigen Zusammenhänge zu verstehen, ist zunächst ein Streifzug durch das Gebiet des Geld- und Kreditwesens notwendig, der auch durch einen Machtbereich der Banken führt.

Hier soll allerdings nicht die Rede sein von den Beteiligungen der Banken an Industrie- und Handelsunternehmen. Ob und inwieweit bei deren Erwerb das Machtstreben eine Rolle spielt, läßt sich kaum beweisen — oder widerlegen[51]). Es geht vielmehr um die Macht der Banken, zusätzliches Geld zu machen, zu „schöpfen". Ein Mißbrauch ist deshalb so gefährlich, weil die übertriebene Geldschöpfung der Kreditinstitute eines der schwersten Hindernisse auf dem Wege zum stetigen Wirtschaftswachstum sein kann. Denn zuviel Geld und Kredit bedeutet zuviel Nachfrage nach Gütern — schürt im konjunkturellen Aufschwung das Feuer für eine Überhitzung, die fast zwangsläufig den Abschwung in die Unterkühlung zur Folge hat.

Was ist zu tun, um die Kreditinstitute an einem Zuviel ihrer Geldschöpfung zu hindern? Wie läßt sich eine stetig wachsende Geldversorgung für eine stetig wachsende Güternachfrage und damit ein stetiges Wachstum der Volkswirtschaft erreichen? Worauf beruht überhaupt die Geldschöpfungsmacht der Banken? Zunächst aber die simpel anmutende Frage: Was ist überhaupt „Geld"?

Geld — was ist das?

Viele Menschen glauben, daß Geld nur die Form von Banknoten oder Münzen habe, die man als Scheine bzw. Pfennig- und Markstücke in die Brieftasche oder ins Portemonnaie steckt. Tatsächlich erfolgen aber — zumindest wertmäßig — die meisten Zahlungen in der Bundesrepublik nicht mit Bargeld, sondern mit Buchgeld. Im Verkehr zwischen Wirtschaftsunternehmen ist dies fast ausschließlich der Fall. Wenn beispielsweise eine Brauerei bei einer Maschinenfabrik eine neue Abfüllanlage bezahlt, dann schickt sie der Fabrik einen Scheck, oder sie beauftragt ihre Bank direkt mit der Überweisung des Rechnungsbetrages. Dieser Betrag wird dann auf dem Konto der Maschinenfabrik — bei derselben oder einer anderen Bank — als Gutschrift gebucht. Daher nennt man diese Art des Geldes, mit dem ja genauso eine Zahlung geleistet wird wie mit Bargeld, eben Buchgeld. Über dieses Konto kann die Fabrik jederzeit — „bei Sicht" — verfügen[52]).

Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern, wo das Buchgeld auch im privaten Konsumbereich dominiert, wird bei uns in der Bundesrepublik (dem Werte nach) noch ein Großteil aller Käufe und Zahlungen nicht bargeldlos abgewickelt. Die Maschinenfabrik beispielsweise, die von der Brauerei den Rechnungsbetrag überwiesen bekommen hat, läßt wöchentlich oder monatlich von ihrer Bank Bargeld holen, um Löhne und Gehälter auszuzahlen. Der Gesamtbetrag wird dann von ihrem Bankkonto abgebucht: Die Bank tauscht gewissermaßen Buchgeld gegen Bargeld um.

Ist die Fabrik bereits zur bargeldlosen Lohnzahlung übergegangen, dann werden die Arbeitnehmer den größten Teil ihres Geldes für Einkäufe und andere Ausgaben bei der Bank in bar abheben. Aber viele Arbeitnehmer lassen doch einen gewissen „Bodensatz" stehen. Dadurch vermindert sich bei bargeldloser Lohnzahlung auch etwas der Bedarf an Bargeld.

Im übrigen kommt es darauf an, in welchem Maße die Verbraucher ihre Einkäufe und sonstigen Zahlungen in bar oder durch Scheck bzw. Überweisung erledigen. Das hängt ab von den Zahlungsgewohnheiten, die in der Bundesrepublik ziemlich „rückständig" sind. In England oder Amerika z. B. wird auch der Durchschnittsbürger einen Fernsehapparat kaum mit Bargeld bezahlen. Bei uns dagegen weigern sich die Einzelhändler vielfach noch, einen Scheck — der ja eine Anweisung auf ein Bankkonto, also auf Buchgeld, darstellt — in Zahlung zu nehmen. Das hängt vor allem mit dem geringen gesetzlichen Schutz vor ungedeckten Schecks zusammen. Mit wachsendem Einkommen und Wohlstand bezahlen aber auch die Bundesbürger immer mehr private Rechnungen (für Haus- und Autoreparaturen, für die Ferienreise usw.) durch Scheck oder Überweisung[53]).

Bargeld nur von der Bundesbank

Aus welchen Quellen fließt überhaupt das Geld, und wie wird zusätzliches Geld „geschöpft", damit der Absatz des wachsenden Güterkuchens auch finanziert werden kann und so ein Wachstum der Volkswirtschaft überhaupt möglich ist?

Bargeld kommt nur von der Bundesbank, und zwar dann, wenn Geschäftsbanken, Unternehmen oder öffentliche Stellen über ihre Bundesbankeinlagen in bar verfügen. Diese Einlagen wiederum können entstehen,

— wenn die Bundesbank den Geschäftsbanken Kredite gibt gegen Einreichung von Wechseln (Rediskont) oder durch Beleihung von Wertpapieren (Lombard);

— wenn die Bundesbank Devisen gegen D-Mark umtauscht (per Saldo also, wenn bei der Bundesbank der Ankauf von Devisen größer ist als der Verkauf);

— wenn die Notenbank dem Staat Kredite gewährt;

— wenn Wirtschaftsunternehmen sich bei der Notenbank ein Konto einrichten (in der Bundesrepublik bedeutungslos).

Da die Einlagen von der Bundesbank nicht verzinst werden, lassen die Geschäftsbanken möglichst nur so viel stehen, wie sie zwangsweise unterhalten müssen. Das sind jene Mindestreserven, deren Höhe die Bundesbank in bestimmten Prozentsätzen der Kundschaftseinlagen der Geschäftsbanken anordnet.

Umschlagplatz für das von der Bundesbank kommende Bargeld sind die Kreditinstitute. Hier zwei Beispiele für die beiden wichtigsten Wege:

1. Ein deutscher Fabrikant liefert nach den USA. Der amerikanische Importeur veranlaßt seine Bank, den Rechnungsbetrag auf das Konto des Fabrikanten bei dessen Hausbank in der Bundesrepublik zu überweisen, und zwar in US-Dollar. Die Sichteinlagen des Exporteurs bei seiner Hausbank wachsen um diesen Betrag, und die Bank hat dafür eine gleich hohe Forderung gegenüber der amerikanischen Bank. Solche Forderungen gegenüber ausländischen Banken in ausländischer Währung fallen mit unter den Sammelbegriff „Devisen". Die Hausbank verkauft nun vielleicht diese Devisen an die Bundesbank und erhält eine entsprechende Gutschrift in D-Mark auf ihrem Bundesbankkonto.

2. Ein Reifenhändler kauft bei einer Reifenfabrik auf Kredit, nämlich gegen Wechsel. Die Fabrik reicht diesen Handelswechsel ihrer Bank zur „Diskontierung" und erhält dafür eine Gutschrift unter Abzug der jeweiligen Wechselkreditkosten. Die Bank wiederum gibt den Wechsel zur „Rediskontierung" an die Bundesbank, die ihr den Wechselbetrag gutschreibt, und zwar unter Abzug des jeweiligen Diskontsatzes (der eigentlich also Rediskontsatz heißen müßte).

Will nun der Reifenfabrikant oder der vorher erwähnte Exporteur oder ein anderer Kunde bei seiner Hausbank Geld in bar abheben, so kann die Bank ihren Bargeldbestand durch Abhebung von ihrem Konto bei der Bundesbank auffüllen. Die Bank tauscht damit Notenbankgeld in Form von Sichteinlagen gegen Notenbankgeld in Form von Bargeld[54]).

Zwei Bremsen für die Kreditschöpfung

Die erste Bremse für die „Macht" der Bank, eigenes Geld in Form von Sichteinlagen zu schöpfen, beruht auf ihrer Ohnmacht, selbst Bargeld zu machen. Denn Bargeld kommt nur von der Notenbank. Bei ihrer Kreditgewährung müssen die Banken also Obacht geben, daß ihre Bestände an Notenbankgeld samt Liquiditätsreserven ausreichen, um für Barabhebungen der Kundschaft gewappnet zu sein. Bei den derzeitigen Zahlungsgewohnheiten in der Bundesrepublik, wo die Sichteinlagen unter 70 Prozent und das Bargeld über 30 Prozent des gesamten Geldvolumens ausmachen, müssen die Banken „Deckungsreserven" von mehr als 30 Prozent ihrer Kreditgewährung haben. Denn es ist damit zu rechnen, daß über 30 Prozent der neuen Kredite bzw. der hieraus folgenden Guthaben in bar abgehoben werden. (Dabei ist unterstellt, daß sich das neue Geld im selben Verhältnis aus Buch- und Bargeld zusammensetzt wie das bisherige Geldvolumen.)

Spätestens an dieser Stelle wird wohl jeder erfahrene Bankier zwischenrufen: Grau, teurer Freund, ist alle Theorie! Denn in der Praxis rechnet die Bank damit, daß der gesamte Kredit, den sie einem Kunden einräumt, in bar abgehoben oder auf ein Konto bei einer anderen Bank überwiesen wird. Sie wird also Kredite nur gewähren, wenn sie durch eigene Liquidität oder Liquiditätsreserven voll gedeckt sind. Die Banken, so wird auch gesagt, könnten nur das wieder als Kredite ausleihen, was ihnen selbst an Geldern oder sonstiger Liquidität zufließt — sei es durch Einzahlung für Sicht- oder Sparguthaben, sei es durch Kredite von der Bundesbank, durch Verkauf

von Devisen, oder sei es dadurch, daß die Bundesbank die Mindestreserven senkt.

Aber das ist genau die Stelle, wo der Volkswirt in einer Bank verzweifelt feststellen muß, wie schwer es ist, manchen Praktikern des Bankgeschäfts klarzumachen, daß sie selbst Geld „schöpfen" können; daß die Banken also nicht nur Vermittlungsstellen zwischen Sparern und sonstigen Geldanlegern einerseits und den Kreditnehmern andererseits sind. Ein Beispiel mag zeigen, daß der Bankier — sieht er nur die Situation seiner eigenen Bank — scheinbar recht hat; daß aber, von der Gesamtheit der Geschäftsbanken aus betrachtet, eine zusätzliche Kreditschöpfung durchaus möglich ist.

Die Bank Meier & Co gibt einer Brauerei einen Kredit von 100 000 DM zum Kauf einer neuen Abfüllanlage. Wenn nun die Brauerei diesen Betrag auf das Konto des Lieferanten, etwa einer Maschinenfabrik, bei der Bank Schulze & Co überweisen läßt, dann betrachtet das Bankhaus Schulze die 100 000 DM als Liquiditätszugang — ohne zu wissen, daß dieses Geld im Zuge der Kreditgewährung vom Bankhaus Meier „geschöpft" worden ist. Und wenn nun die Maschinenfabrik von diesen 100 000 DM nur 35 000 DM für Lohnzahlungen in bar abhebt, so verbleiben der Bank Schulze noch 65 000 DM, mit denen sie arbeiten und zusätzliche Kredite gewähren kann. Die 100 000 DM, die das Bankhaus Meier auf Grund seiner Liquiditätsreserven als Kredit vergeben hat, können sich also teilweise in weiteren Krediten fortsetzen.

Aber die Kreditinstitute müssen nicht nur für Barabhebungen gerüstet sein, sondern auch für die Mindestreserven, die sie bei der Bundesbank zu unterhalten haben. In ähnlichem Maße, in dem sich mit der Kreditgewährung die Einlagen bei den Geschäftsbanken erhöhen, müssen auch deren Zwangseinlagen bei der Bundesbank aufgestockt werden. Die Mindestreserven sind also die zweite Bremse für die Kreditschöpfung der Banken.

19. Die Heilslehre aus Chicago

Mit Geldautomatismus gegen den Zyklus

Wie läßt sich nun die Kreditgewährung der Geschäftsbanken so begrenzen, daß die zusätzlichen Kredite zusammen mit der bisherigen Geldmenge nicht eine Übersteigerung der volkswirtschaftlichen Güternachfrage ermöglichen?

Das rigoroseste Rezept stammt aus Amerika. Milton Friedman von der Universität Chicago verkündet seit geraumer Zeit eine Roßkur als neue Heilslehre. Friedman will nämlich die Kreditinstitute bei ihrer Geldschöpfung völlig „entmachten". Sie sollen kein zusätzliches (Buch-)Geld mehr produzieren können. Die Geldmenge soll allein von der Notenbank aus reguliert werden. Friedmans Zauberformel: Die Geschäftsbanken müssen Mindestreserven in hundertprozentiger Höhe ihrer Sicht- und Termineinlagen unterhalten, und zwar entweder in bar oder in zinstragenden Guthaben bei der Notenbank, also auf jeden Fall in Notenbankgeld.

Aber auch die Notenbank darf nach Friedmans Vorstellung über den Umfang der Geldmenge nicht unabhängig und frei entscheiden. Sie soll vielmehr das Geldvolumen konstant um einen Prozentsatz erhöhen, der den Wachstumsmöglichkeiten des volkswirtschaftlichen Güterangebots entspricht. Die vom Staat festgelegte Zuwachsrate des Geldes — beispielsweise von 4 Prozent jährlich — soll so gleichmäßig wie möglich gehalten werden, von Woche zu Woche und Monat zu Monat. Die Geldpolitik sollte sich von diesem Prinzip auch nicht durch konjunkturelle Schwankungen abbringen lassen, die nach Korrekturen zu verlangen scheinen.

Friedman und die Chicagoer Schule haben vor allem deshalb in den USA an Boden gewonnen, weil es dort der staatlichen Fiskalpolitik nicht gelungen ist, eine inflationistische Preisentwicklung zu verhindern. Aber es handelt sich nicht ohne weiteres um einen Meinungssieg der Geldpolitiker über die modernen Fiskal-Jünger des Engländers Keynes. Denn Friedman zieht ebenso gegen die heute übliche Notenbankpolitik zu Felde, die jeweils mit Bremsen und Gasgeben dem Auf und Ab des Konjunkturzyklus entgegensteuern will. Friedman erwartet das Heil statt dessen von dem Automatismus, der die Geldmenge ziemlich kontinuierlich entsprechend dem Güterangebot wachsen läßt.

Ein Kollege Friedmans, Henry C. Wallich von der Yale-Universität, meint hierzu: „Die neue Lehre hat die größten Umwälzungen in der Theorie der Konjunkturpolitik seit der Keynesschen Revolution der dreißiger Jahre ausgelöst.“[56]) Wie Wallich feststellt, glauben zwar selbst die größten Enthusiasten und Anhänger von Friedmans neuer Heilslehre nicht, daß mit einer Regel des konstanten Geldmengenwachstums dem konjunkturellen Auf und Ab überhaupt ein Ende gesetzt werden könnte. Es werde auch weiterhin kleine Rezessionen und Booms geben. Dennoch schreibt Wallich zum Schluß seiner Analyse der Chicagoer Schule: „Wenn niemals eine Regel eingeführt wird, werden wir natürlich nie ganz sicher sein, daß ein Mangel an Stabilität nicht gerade auf diesen Verzicht zurückzuführen ist. Der einzige Weg, die Regel endgültig zu widerlegen, wäre, sie einzuführen und dann abzuwarten.“

Die Argumente des Milton Friedman

Seine Forderung, das Geldsystem einer festen Regelung seitens des Staates zu unterwerfen, begründet Friedman mit zwei Tatbeständen:

1. Sobald die Geschäftsbanken die Möglichkeit zur uneingeschränkten Geldschöpfung haben, nutzen sie diese im Übermaß aus.

2. Geld- und kreditpolitische Maßnahmen der Notenbank zur (antizyklischen) Bekämpfung des Konjunkturzyklus wirken nur mit

großer zeitlicher Verzögerung. Wenn zum Beispiel Maßnahmen zur Bekämpfung einer Rezession zur richtigen Zeit wirksam sein sollen, müßten sie bereits mehr als ein Jahr vorher ergriffen werden. Restriktive Maßnahmen zur Drosselung eines Booms werden vielleicht erst dann wirksam, wenn die Wirtschaft sich in einer Rezession befindet. Bei verhältnismäßig kurzen Konjunkturzyklen wirken sich geldpolitische Maßnahmen beinahe unweigerlich im falschen Moment aus: Sie verstärken dann den konjunkturellen Abschwung und beschleunigen den Wirtschaftsaufschwung.

Der Gefahr, daß die Politik des konstanten Geldmengenwachstums „von außen" unterlaufen werden könnte, ist sich Friedman bewußt. Um Störungen durch Ungleichgewichte in der Devisenbilanz, im Außenhandel, durch Geld- und Kredittransaktionen von und nach dem Ausland zu vermeiden, hat der Chicagoer Professor ein Rezept, das — Anfang 1970 jedenfalls — revolutionär anmutet, wenn auch nicht in gleichem Maße wie die hundertprozentigen Mindestreserven: Die Wechselkurse für Devisen sollen sich frei am Markt ohne Intervention der Notenbank oder der Regierung bilden.

Giersch: Bestmögliche Lösung

In der Bundesrepublik gibt es ein unterschiedliches Echo auf die Heilslehre, mit der Milton Friedman die Volkswirtschaft von den Qualen konjunktureller Überhitzungen und Unterkühlungen befreien will. Zu den Befürwortern der neuen Therapie aus Chicago gehört Herbert Giersch. „Friedman ist ein Mann, den ich außerordentlich schätze und mit dem mich sehr vieles verbindet", bekennt Giersch. „Ich halte die Friedman-Thesen angesichts des derzeitigen Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis für die bestmögliche, wenn auch nicht die beste Lösung. Die Konjunkturpolitik muß dringend entpolitisiert und festen Regeln unterworfen werden."[57])

Auch Giersch fragt, „ob man auf antizyklische Konjunkturpolitik nicht überhaupt verzichten soll, weil sie sehr leicht prozyklisch statt

prophylaktisch und antizyklisch wirkt". Auch er plädiert für „eine Geldpolitik, die die Konjunkturzyklen dadurch glättet, daß sie das Geldvolumen allmählich anwachsen läßt, und zwar proportional mit dem Wachstum unseres Produktionspotentials".

Wie Giersch meint, „läßt sich der jährliche Zuwachs des Produktionspotentials, also des möglichen Angebots, ziemlich genau im voraus berechnen ... Normalerweise können wir jetzt in der Bundesrepublik mit einem jährlichen Wachstum des Produktionspotentials von 4, ja vielleicht 5 Prozent rechnen.

Dies bedeutet, daß die Geldmenge von Jahr zu Jahr möglichst gleichmäßig um 5 bis 6 Prozent zunehmen sollte ... Dieser Geldmengenvermehrungssatz liegt etwas höher als das Wachstum des Güterangebots, weil wir vielleicht Schwierigkeiten haben werden, das Preisniveau völlig konstant zu halten, und weil wir außerdem damit rechnen müssen, daß die Leute sich bei steigendem Einkommen den Luxus einer höheren Liquidität leisten wollen."

Köhler: Wäre etwas Wunderbares ...

Zu den ablehnenden Kritikern Friedmans zählt hierzulande Claus Köhler: „Sicher wäre es etwas Wunderbares, die wirtschaftliche Entwicklung mit einer Zauberformel — die Geldmenge muß um soundsoviel Prozent steigen — zu steuern, aber die Wirklichkeit verlangt eine differenzierte Betrachtung."[58])

Die Vorstellung, man brauche ja nur die Geldmenge zu steuern, scheitert nach Köhlers Ansicht an zwei Hindernissen:

Einmal lasse sich die Geldmenge praktisch nicht beeinflussen. „Der Umfang der Geldmenge wird vom Zahlungsvolumen und damit von den wirtschaftlichen Aktivitäten bestimmt und nicht umgekehrt. Die Zunahme wirtschaftlicher Aktivitäten wird dabei stets finanziert sowohl mit Hilfe der vorhandenen Geldmenge als auch durch zusätzliche Kredite. ... Die Kreditpolitik muß daher den Anteil an

den gesamten Zahlungen kennen und hat die Möglichkeit, das Tempo der Entwicklung auf die Kreditgewährung zu steuern."

Was Claus Köhler hiermit ausdrückt, haben auch andere Wissenschaftler als Hauptkritik gegen die Chicagoer Schule vorgebracht: Friedman irre mit seiner Behauptung, daß die Änderung der Geldmenge die Ursache für die jeweilige konjunkturelle Lage sei; in Wirklichkeit bestimme umgekehrt die Konjunktur die Entwicklung der Geldmenge. Nun, offenbar ist diese Streitfrage nach Ursache und Wirkung noch genauso ungeklärt wie die Frage: Was war zuerst — das Huhn oder das Ei?

Das andere Hindernis — so sagt Köhler — für die Durchsetzung der Friedmanschen Thesen sei die Irrealität seiner Voraussetzungen, nämlich eine Mindestreserve von 100 Prozent auf alle Bankeinlagen zu verlangen.

Köhler selbst hat in seinen „Orientierungshilfen für die Kreditpolitik" Wege beschrieben, auf denen die Kreditgewährung der Banken in der Bundesrepublik besser als bisher beeinflußt werden kann — Wege, die nicht zuletzt auch zu einem möglichst stetigen Wirtschaftswachstum führen könnten. Köhler will zeigen, „welche Schritte getan werden müssen, um eine Geldversorgung zu erreichen, die dem für möglich angesehenen Wachstum und der Gleichgewicht garantierenden Nachfrage entspricht"[59]).

Es geht ihm um die Übereinstimmung der nominalen Nachfrage mit dem realen Güterangebot. Die Angebotsseite durchleuchtet Köhler in einer Potentialanalyse, mit der sich eine „natürliche" Wachstumsrate des Sozialprodukts errechnen läßt. Damit will er die Grenze festlegen, bis zu der das Wachstumspotential ausgedehnt werden kann[60]).

Ein Angelpunkt, um diesem Angebotsspielraum die entsprechende Nachfrage zu verschaffen, ist für Köhler die Liquidität der Banken, die sich kontinuierlich entwickeln müsse. Hierfür zu sorgen sei Aufgabe der Kreditpolitik. „Dabei muß eine Zentralbank Orientierungs-

daten besitzen, um die notwendige Liquiditätsversorgung sicherzustellen. Sie hat vom Wachstumspotential auszugehen, dem ein bestimmtes Sozialprodukt und Zahlungsvolumen entspricht. Unter Berücksichtigung des Anteils der über die (Buch-)Geldmenge geleisteten Zahlungen an den gesamten Zahlungen ist die Liquiditätsversorgung des Bankensystems so zu bemessen, daß die dadurch mögliche Kreditschöpfung ein gleichgewichtiges Wachstum sichert."[61])

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt
von
Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.19

(1+21+6+1+4+7+1 Seiten)

Hinweis!

Elimar Rosenbohm

1.Gegen das Weitermachen wie bisher (o.J.)

2. Die Kreditschöpfungstheorie ist eine Theorienschöpfung (1967)

(Zu 2.:Brief Rosenbohm an Creutz / Buchtitel und Inhaltsverz.: *Das Buchgeld* von Karl Walker / Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung
– — kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie - von Martin Scheytt)

3. Biographisches

zu Rosenbohm und Friedrich Salzmann
von Werner Onken und Hans Hoffmann (+ Brief von TA vom Nov. 97)

Besprechung von *Mama Moneta von W. Wendnagel durch M. Kennedy*

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.19%20Rosenbohm%20Gegen%20Weitermachen.pdf

http://wikivisually.com/lang-de/wiki/Benutzer:GregorHelms/Elimar_Rosenbohm

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/85.2%20Kybernetik%20Rosenbohm.pdf

I R

den 11. Februar 1971

Betreff
Gerd Grope: Die zweitbeste Wirtschaft -
Utopien und reelle Chancen
in der modernen Wirtschaft
Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden 1970, 333 Seiten

1. Geleitwort von Herbert Giersch

In seinem Geleitwort zu Gropes Buch zählt Herbert Giersch einige wunde Stellen unserer Wirtschaftsordnung auf: die steigenden Preise - an erster Stelle -, die konjunkturellen Rückschläge, die Konzentration wirtschaftlicher Macht, die recht ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung und der bisweilen bedenklich ungenügende Wettbewerb. Aber die Wirtschaftspolitik könne nicht besser sein als der Bildungsstand der Öffentlichkeit in gesamtwirtschaftlichen Fragen. Während die Lehre eines Hochschullehrers erst nach vielen Jahren wirksam werde, wenn die Studierenden im öffentlichen Leben Einfluß gewonnen haben, verspreche die Aufklärung des Wirtschaftsjournalisten durch Presse, Rundfunk und Fernsehen schnelleren Erfolg.

Giersch nennt Grope, einen der erfahrensten und gründlichsten Wirtschaftsjournalisten in der Bundesrepublik, wenngleich er den professionellen Nationalökonomen auch nicht immer zu befriedigen vermöge.

Diese einleitenden Worte von Giersch über den Einfluß der Wirtschaftsjournalisten lassen es angebracht erscheinen, sich etwas ausführlicher mit den sozialökonomischen Ansichten des Wirtschaftsredakteurs der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, Gerd Grope, zu beschäftigen, zumal er nicht nur darstellen und erklären, sondern auch werten will.

2. Die "beste Wirtschaft" - ein Traum

"Nicht vom Brot allein, auch vom Traum lebt der Mensch" - zitiert Grope den Dichter im Anschluß an eine Kritik an unserer "Konsumgesellschaft" von Ernst Bloch, um anschließend mit der Frage sein Buch zu beenden: "Aber welcher Traum bleibt?"

Auch Grope träumt einen Traum von einer besseren als unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Erst jenseits des Überflusses winkt ihm ein neuer Lebensraum, um die Herrschaft des Ökonomischen abzulösen. Selbst Ludwig Erhard habe zu seiner Regierungszeit schon eingesehen, "daß irgendetwas nicht stimmt, wenn die Menschen immer mehr haben und verdienen und trotzdem nicht zufrieden werden." Grope behauptet, das Industriesystem dient nicht dem Menschen, es beherrscht ihn. Der heutige Massenmensch lebt nicht, sondern er wird gelebt. Es geht um das Menschsein im Betrieb, um die ("gerechte") Einkommensverteilung, kurz: es geht um die Vermenschlichung der Gesellschaft. Je stärker heute mit der Produktivität auch das Güterangebot wächst, desto schneller könnte sich nach seiner Meinung das Industriesystem gewissermaßen totlaufen. Viel mehr verrät er nicht über seinen Traum von der "besten Wirtschaft". Vorerst könnten wir offenbar dem Fortschritt nicht ausweichen und seien gleichsam zum Überfluß verdammt. Während linke Kritiker die Flucht in die Utopie anträten, ohne eine positive Antwort zu geben, begnügt er sich bescheiden damit, seinen Traum zu vergessen und sich im großen und ganzen mit der zweitbesten Überflußgesellschaft, in der wir leben, abzufinden - wobei allerdings einige ihrer Ungereimtheiten, die er aufzeigt, abzustellen wären.

Grope selbst möchte - im Gegensatz zu Giersch (S. 5) - sein Buch nicht als Sachbuch bezeichnen, weil es dafür nicht leicht genug sei; aber es sei auch kein Fachbuch, weil ihm dazu die "Schwere" wissenschaftlicher Vollständigkeit fehle. Er bezeichnet sich als "Mittelgewichtler", der Bildungslücken ausfüllen möchte. Wie groß diese seien, "zeigt nicht zuletzt die geringe ökonomische Fundierung der Zeitkritik der Intellektuellen. Zur politischen Denkfähigkeit gehört eben auch eine ausreichende nationalökonomische Grundlage." Nicht zuletzt diese gewiß richtige und wichtige Erkenntnis war der Anlaß, dieses Buch zu schreiben.

3. Vom magischen Dreieck bis zum magischen Achteck

Mit dem Magischen Dreieck - Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht - habe es angefangen. Im Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1963) werde darüber hinaus ein stetiges, angemessenes Wirtschaftswachstum gefordert (wie auch später im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967). Dieses Magische Viereck erweitert Grope zu einem Magischen Achteck, mit den zusätzlichen Forderungen: freie Lohnbildung, freie Konvertibilität der Währungen, feste Wechselkurse und gerechte Einkommensverteilung. Zumindest das Fehlen der letzten Forderung werde auch von Wissenschaftlern als echter Mangel angesehen. Statt eine bestimmte Idee über gerechte Einkommensverteilung zu haben - sage beispielsweise Helmut Meinhold - begnüge man sich mit Korrekturen.

Zu diesen magischen Vielecken habe Fritz Machlup den Wirtschaftspolitikern vorgeworfen, daß sie Unmögliches versprechen und somit "eine irreführende, unaufrichtige und unwürdige Vogel-Strauß-Politik betrieben.

Und woran liegt das? Letztlich an der freiheitlichen marktwirtschaftlichen Basis, meint Grope. Die freie Konsumwahl und die freie Wahl der Arbeitsplätze sei ziemlich ungefährlich. "Aber von Übel wird es, wenn die freiheitliche Entwohnung der Arbeit die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzt." Wenn dem entgegengehalten werde, daß es an der freien Preisbildung durch die Unternehmer liege, dann stimme das insofern, "als es ohne diese Freiheit gar nicht das Problem der Preisstabilität und des magischen Dreiecks geben würde. Aber die prinzipielle Abschaffung des freien Preismechanismus wird wohl kein einsichtiger Gewerkschaftsmann befürworten" - so sagt Grope dann weiter, der gewiß ebenso einsichtig ist -, "wenngleich dieser (Preis-)Mechanismus bereits von Unternehmerseite (durch Monopole und Oligopole, durch Preisbindung und dergleichen) so stark eingeschränkt ist, daß er keineswegs jene Wunderdinge der 'unsichtbaren Hand' vollbringt, die ihm von Alt- und Neuliberalen immer noch angedichtet werden". Wenn man also den Unternehmern nicht die Preise vorschreiben kann - warum man das nicht kann, sagt Grope nicht -, so sollte man wenigstens die Löhne an die

Leine legen, um Preisstabilität zu erreichen. Denn die 'unsichtbare Hand' trägt nach seiner Ansicht kaum zur Preisstabilität bei.

Hier verknüpft Grope - und leider nicht nur er - wirtschaftliche Vorgänge, nämlich Preis n i v e a u stabilität und Wettbewerb, die nichts miteinander zu tun haben. Das ist gewiß zum Teil auf eine unscharfe Verwendung des Begriffs Preisstabilität zurückzuführen, womit er auch die Preis n i v e a u stabilität (Geldwertstabilität) meint. Aber zugleich denkt er an die Preise (oder Preisstabilität) einzelner Waren, die von den Unternehmern "frei" festgesetzt würden. Daß diese die Preise nicht willkürlich festsetzen können, dafür sorgt aber gerade die 'unsichtbare Hand', d.h. der freie Wettbewerb, wenn sie nicht durch Monopole oder Oligopole behindert wird. Grope weist auch selbst einmal darauf hin, daß das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Rahmenbedingungen der marktwirtschaftlichen Ordnung sichern soll.

Die Stabilität der einzelnen Warenpreise wird mit dem magischen Dreieck keineswegs gefordert. Die Zielforderungen des Gesetzes über die Bildung des Sachverständigenrates (§ 2) und des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (§ 1) dürfen sich ja nur "im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung" bewegen. Die Unstabilität der Einzelpreise ist sogar eine unerläßliche Bedingung der Marktwirtschaft, die dem Ziel der Preis n i v e a u stabilität bzw. Geldwertstabilität in keiner Weise widerspricht, wie Grope offenbar annimmt. Daß man mit Monopolen, Oligopolen und Preisbindungen Preise machen kann, die über den Marktpreisen liegen, ist eine Sache des dadurch verfälschten Wettbewerbs. Der Wettbewerb hat wohl etwas mit der 'Preisbildung' einzelner Waren, aber mit der Geldwertstabilität nichts zu tun. Das Geld, das für monopolistisch überhöhte Preise ausgegeben werden muß, fehlt dann eben als Nachfrage für andere Waren, die - wenn sie ebenfalls verkauft werden sollen - entsprechend tiefer im Preis angesetzt werden müssen. Das Preis n i v e a u ändert sich nur, wenn sich das Verhältnis von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage in einer Volkswirtschaft ändert bzw. wenn - in unserem Zeitalter der "säkularen" Inflation - die Gesamtnachfrage das Gesamtangebot übersteigt. Darauf hat der einzelne Unternehmer, selbst wenn er Monopolist wäre, keinen wirksamen Einfluß.

Die "Preisstabilität" wird nach Grope a u c h durch die Freiheit unternehmerischen Investierens untergraben, weil diese - wie 1969/70 - zur "Übernachfrage" auf dem Güter- und Arbeitsmarkt führen kann. Andererseits habe diese unternehmerische Freiheit 1966/67 zur Arbeitslosigkeit und zu Wachstumsverlusten geführt.

Dabei taucht doch die Frage auf, wie konnte es dazu kommen, daß fast alle Unternehmer zur gleichen Zeit zuviel oder zuwenig investieren? Wenn das unternehmerische Handeln wirklich so frei wäre, wie Grope offenbar annimmt, so wäre eine derartige Übereinstimmung doch undenkbar. Werden aber alle Unternehmer durch Sachzwänge, d.h. durch den Konjunkturverlauf zu einem bestimmten Handeln gezwungen, dann kann dieses Handeln nicht zugleich Ursache des Booms oder der Rezession sein, wenn es auch beide Konjunkturphasen kumulativ verstärken mag. Die unternehmerische Freiheit kann somit nicht für Veränderungen des Preisniveaus verantwortlich gemacht werden.

Manche Leute glaubten - und zu ihnen zählt sich Grope selbst -, daß es überhaupt nur deshalb zu "Preissteigerungen" kommen könne, "weil die Banken zu viel Geld 'schöpfen'". Ganz so einfach sei die Wirklichkeit zwar nicht, fügt er kleinlaut hinzu, aber daß die Banken ein gerüttelt Maß an Schuld haben könnten, ließe sich nicht leugnen." Der Überschuß der Kreditgewährung über das "Sparen" sei als die Geldschöpfung der Kreditinstitute anzusehen, darin liege die Macht der Banken. "Also auch hier eine Freiheit, die mißbraucht werden kann."

Doch auch jetzt wäre zu fragen, ob die Banken nicht vielmehr von anderen Einflüssen abhängig sind, da sie ihre "Freiheit" offensichtlich immer gemeinsam in derselben Richtung "mißbrauchen". Oder glaubt Grope, es gäbe hier Absprachen zwischen Genossenschaftsbanken, Sparkassen, Privat- und Großbanken? Und wie kann eine Bank, die selbst Geld schöpfen kann, überhaupt illiquide werden oder gar Konkurs machen? Grope legt sich zwar die Frage nicht vor. Er sagt, es sei schwierig, dem Bankpraktiker klar zu machen, daß er Geld schöpfen könne. Er sagt aber auch, daß eine Kreditschöpfung nur von der Gesamtheit der Geschäftsbanken aus betrachtet möglich sei. Er versucht mit einem praktischen Beispiel die Geldschöpfung der

Banken zu erklären: Eine Überweisung gelangt von der Bank Meier zur Bank Schulze - ohne daß diese weiß, "daß dieses Geld im Zuge der Kreditgewährung von Bankhaus Meier 'geschöpft' worden ist." Bankhaus Schulze kann jetzt mit dem erhaltenen Geld - abzüglich einer Abhebung - arbeiten. Warum aber 'schöpft' denn Bankhaus Schulze nicht selbst Kredite, wie Bankhaus Meier, um damit zu arbeiten, warum ist Bankhaus Schulze auf eine Überweisung angewiesen, um "zusätzliche" Kredite geben zu können, während Bankhaus Meier seine Kredite selbst 'schöpft'? Hat Meier eine Quelle, die Schulze nicht kennt? Und was ist das für eine Quelle? - Es ist Grope jedenfalls nicht gelungen, Licht in das Dunkel der Kreditschöpfungstheorie zu bringen.

Mit Recht stellt Grope fest, daß Zahlungsbilanzungleichgewichte sich auf den inneren Geldwert auswirken. Aber das erläutert er nicht näher, wenn er auch an anderer Stelle erwähnt, daß diese Ungleichgewichte zu internationalen Währungskrisen führten. Diese Ungleichgewichte sind aber keineswegs die Folge der unternehmerischen Freiheit der Exporteure und der Importeure, wie Grope sagt. Ungleichgewichte sind doch a l l e i n die Folge davon, daß der Außen- und Devisenhandel nicht marktwirtschaftlich betrieben werden darf, daß nicht Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt für den Wechselkurs entscheidend sind, sondern die Vereinbarungen im Rahmen des IWF-Systems, d.h. die fixierten Paritäten.

4. Exkurs über die Freiheit

Die Freiheit, wie sie von ökonomischen Interessengruppen gemeint ist, bedeutet zumeist keine Freiheit im Sinne unabdingbarer Menschenrechte - keine Freiheit im Sinne der Würde menschlichen Daseins, sagt Grope. Hier ist ihm beizupflichten. Doch wenn er sagt, die Behauptung, daß die Freiheit unteilbar sei, sei zumindest auf dem Gebiet der Ökonomie nicht mehr als eine Phrase, dann trifft das gewiß nicht für die "freie" Marktwirtschaft zu. Als Begründung für seine These - und das ist gewiß nicht nur seine These, denn sie ist sehr verbreitet - führt Grope die Wettbewerbs- oder Kartellgesetzgebung an. Er sieht offenbar in diesen Gesetzen eine Ein-

schränkung der (unternehmerischen) Freiheit. Mit Gesetzen gegen Wettbewerbsbeschränkungen soll aber nur eine monopolartige Preisbildung verhindert werden, soll also verhindert werden, daß jemand mehr nimmt, als er bekommen würde, wenn er seine Waren auf dem freien Markt im Wettbewerb mit anderen verkaufen müßte. Der Monopolist nimmt genau wie der Dieb etwas, was ihm nicht zusteht. In beiden Fällen fehlt die entsprechende Gegenleistung.

Auch wenn unsere heutige Justiz in der Verletzung des Wettbewerbs eine Art Kavaliersdelikt und im Diebstahl eine kriminelle Handlung sieht, sozialökonomisch gesehen besteht da kein Unterschied. Gropes - und nicht nur Gropes - Freiheitsdefinition läuft auf die - falsche - Ansicht hinaus: Wenn der Monopolist (oder Dieb) nicht die Freiheit hat, im Preis eine monopolitische Quasirente einzukalkulieren (oder zu stehlen), so haben wir eben keine Freiheit mehr, keine freie Marktwirtschaft.

Der Markt - d.h. Wettbewerb mit freier Preisbildung - ist das Herzstück einer freien Wirtschaftsordnung; er soll durch die Wettbewerbs-Gesetzgebung nur funktionsfähig gehalten werden. Die Wettbewerbs-Gesetzgebung ist somit kein Eingriff in die Freiheit, sie ist vielmehr ausschließlich zur Sicherung der (Markt- und Wettbewerbs-)Freiheit erlassen. (Ob ihr das tatsächlich in allen Fällen gelungen ist, ist eine andere Frage.)

In kybernetischer Terminologie ist der Markt die automatisierte Schaltstelle eines Regelkreises, womit der volkswirtschaftliche Kreislauf in einer Marktwirtschaft verglichen werden kann. Eingriffe in den Regelkreis einer Marktwirtschaft - in die Tätigkeit der "unsichtbaren Hand" - führen meistens zur Unordnung. Aktuelle Beispiele hierfür sind die staatlichen Eingriffe in den Agrarmarkt und den Wohnungsmarkt, oder die Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch die Preisbindung der zweiten Hand von Seiten der Unternehmungen, die dem Handel Quasirenten zuschanzt, die mit Aufhebung - oder Durchbrechung - der Preisbindung sofort entfallen.

Nicht die Freiheit selbst - wie Grope meint -, sondern die Einengung oder Aufhebung der Freiheit (des Marktes und des Wettbewerbs) stört also die marktwirtschaftliche Ordnung.

Grope ist anderer Ansicht: "Durch die Philosophie der Marktwirtschaft zieht sich eben ein Bruch: Sie setzt schizophrene Menschen und Institutionen voraus, die sowohl ihren Eigennutz verfolgen als sich auch am Gemeinwohl orientieren." Der Eigennutz führe aber keineswegs so regelmäßig und automatisch zum Gemeinnutz, wie dies die alten und neuen Liberalen gern glauben möchten. Unsere Wirtschaft stimmt nicht, sagt Grope.

Zu solchen Urteilen kann man also kommen, nur weil man Preisstabilität und Preis n i v e a u stabilität verwechselt, wenn man Maßhaltappelle für marktwirtschaftliche Politik hält, wenn man die Unternehmer glaubt dazu bringen zu müssen, "nicht nur betrieblich-unternehmerisch, sondern auch volkswirtschaftlich zu denken" und wenn man glaubt, daß auch die Verbraucher durch eine bessere "Einkaufspolitik" dazu befragen könnten - und somit natürlich auch müßten -, "daß die Preisstabilität besser gewahrt wird."

Hier verfehlt Grope also völlig den Zweck seines Buches, nämlich Bildungslücken auszufüllen. Hier hilft er vielmehr bereits verfestigte - aber falsche - "öffentliche Meinungen" weiter zu verfestigen.

5. Die schleichende Inflation

Grope widmet ihr ein ganzes Kapitel. Auf die Frage, warum die Preise steigen, antwortet er:

1. Weil das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleibt ("Nicht nur die Nachfrage hat schuld");
2. weil die Kosten steigen;
3. weil der Staat höhere Preise verursacht oder erlaubt;
4. weil die Ursachen im Ausland liegen.
   (Weil Preissteigerungen für Import- und Exportgüter auch unser inländisches Preisniveau mit nach oben ziehen.)

Ohne Frage können in den aufgeführten Fällen Ursachen für "Preissteigerungen" liegen, aber keiner der Fälle kann zugleich für "Preis n i v e a u steigerungen" in Anspruch genommen werden. In keinem der Fälle muß gleichzeitig das Verhältnis von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage in einer Volkswirtschaft verändert werden. Und nur eine solche Veränderung kann zur "schleichenden Inflation" führen (und natürlich auch zu einer Deflation, die aber nicht aktuell ist und von Grope auch nicht behandelt wird).

Grope macht das sogar mit seiner Grafik "Preisentwicklung bei stabilem Gesamtindex" (S. 121, Abbildung 3) selbst deutlich. Obgleich Güterpreise fallen (beispielsweise wegen fortschreitender Technik) und Dienstleistungspreise steigen, muß sich der Gesamtindex noch nicht ändern. Grope gibt dieser Seite der Grafik mit Recht die Überschrift "Soll" - d.h., so darf und so sollte es sein. Die "Ist"-Seite seiner Grafik zeigt, daß alle Preise - Güter wie Dienstleistungen - ansteigen, wenn auch mit unterschiedlicher Stärke. Dabei stieg natürlich auch der Gesamtindex, d.h. das Preisniveau. Wenn aber das gesamte Preisniveau steigt (wenn der Wert des Geldes abnimmt), dann ist die Ursache dafür nicht auf der Angebotsseite zu suchen, dann liegt sie auf der Nachfrageseite (= Geldseite).

Daß sie nicht auf der Angebotsseite liegen kann, zeigt die Überlegung, daß nur eine Angebotsverknappung das Preisniveau steigen lassen könnte. Tatsächlich aber nimmt das Angebot in unserer Volkswirtschaft - bedingt durch den technischen Fortschritt - fast ununterbrochen zu. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage müßten somit - bei unveränderter Geldmenge - die Preise fallen. Und wenn das Preisniveau trotzdem steigt, so muß die Nachfrageseite bzw. die Geldmenge eben noch schneller gewachsen sein als das Angebot. Und alle monetären Statistiken beweisen, daß das überall, wo es Preisniveausteigerungen gibt, tatsächlich so ist.

Grope erwähnt beiläufig, daß die Gründe für Preisveränderungen häufig "in den Marktverhältnissen" lägen. Und er fügt - in Klammern hinzu: "Woher das zusätzliche Geld schließlich kommt, ist eine andere Frage." Diese wichtige Frage beantwortet er zutreffend in einem anderen Kapitel: "Steigende Exportüberschüsse bedeuten ja, daß der Volkswirtschaft immer mehr Waren gewissermaßen ohne ent-

sprechende Gegenlieferungen entzogen werden, während andererseits die Exportwirtschaft - Unternehmen wie Beschäftigte - über die umgetauschten Devisenerlöse neues Geld erhält."

Er weiß also um die "importierte Inflation", erwähnt sie aber nicht in seinem Kapitel über "die schleichende Inflation". Dabei gehörte in der Bundesrepublik die "importierte Inflation" zeitweise zu den Hauptursachen unserer Geldentwertung. Für Grope scheint das aber nur ein weniger wichtiger Teilaspekt der "schleichenden Inflation" zu sein.

Auf der Suche nach weiteren Inflationsursachen stößt er - im Geschäftsbericht der Bundesbank für 1958 - auf das Verbandswesen, auf die "pressure groups", die es der Bundesbank erschweren, "gegen sie anzugehen, weil sie solche Gegenkräfte nur mit sehr scharfem Einsatz ihrer Mittel bekämpfen könnte." Daß könnte auch heute geschrieben sein, sagt Grope, aber stattdessen hole Irmler (1966) seine Argumente "gewissermaßen aus der Mottenkiste": Die Preise in der Marktwirtschaft bilden sich frei nach Angebot und Nachfrage. Wie diese schöne Theorie in der Praxis funktioniere, hätte die Automobilindustrie gezeigt, als sie im Rezessionsjahr 1967, als die Nachfrage schlagartig zurückging, nicht die Preise senkte, sondern zur Kurzarbeit überging. Von ihrem Standpunkt aus sogar mit Recht, meint Grope.

Hier verwechselt der Verfasser wieder Preise mit dem Preisniveau. Einmal abgesehen von psychologisch bedingten Wirkungen, die von Preisveränderungen einer Branche auf die Gesamtwirtschaft ausstrahlen, haben die Autopreise mit den Globalgrößen Angebot und Nachfrage doch nur recht beschränkt zu tun.

Im übrigen ist auch der Automobilsektor dem Marktgesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Erinnert sei nur an die Bereitschaft, kulante Preise für die Inzahlungnahme von Altwagen zu berechnen und an das Sonderangebot von Ford und Opel, das in einer beträchtlichen Anzahl verbilligter Wagen bestand während der letzten Rezession. Auch jetzt (Februar 1971), nach dem Umkippen der Konjunkturkurve, wiederholen die beiden großen Autofirmen ihre damalige Marktstrategie und bieten zeitlich und anzahlmäßig beschränkt verbilligte Wagen an.

Natürlich kann von den Unternehmen keine konjunkturpolitische Rücksichtnahme erwartet oder gefordert werden. Und doch verhalten sie sich auch volkswirtschaftlich richtig, wenn sie ihre Preise nicht generell senken. Das könnte evtl. nicht nur - in Erwartung weiterer Preissenkungen - zur Kaufzurückhaltung von Autos führen, sondern unter Umständen in der Ausstahlung auf die Gesamtwirtschaft eine a l l g e m e i n e Kaufzurückhaltung einleiten. Da bekanntlich die Baisse die Baisse treibt, kann ein solcher in Gang kommender Prozeß zur Rezession führen. Daran aber haben die Unternehmen gewiß kein Interesse. Das kommt in ihrer zeitlichen und zahlenmäßigen Beschränkung ihres Angebots verbilligter Wagen klar zum Ausdruck.

An anderer Stelle sagt Grope selbst, daß Unternehmer und Gewerkschaften mit einem Appell zur antizyklischen Lohnpolitik überfordert seien. Letztlich entscheide der Arbeitsmarkt. - Also doch Angebot und Nachfrage, wie Irmler es formulierte. Wie "stramm" der Lohn ein Marktpreis ist, hat Grope sogar in einer Grafik (S. 147) gezeigt.

Es wird immer wieder behauptet - und auch Grope tut das -, daß die Löhne letztlich die Preise bestimmen. Das heißt aber doch, daß Preise die Preise bestimmen, womit natürlich nichts geklärt ist, obgleich es zutrifft. Daß Löhne die Preise beeinflussen und Preise die Löhne, kann nicht bestritten werden; aber diese Wechselwirkung kann darum an sich noch nicht für Veränderungen des Geldwertes verantwortlich gemacht werden. An anderer Stelle sagt Grope selbst, daß erst die "Übernachfrage", die über die Ausnutzung des Kapazitätsspielraums hinausgeht, die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzt. Die Tarifpartner sind aber nicht Urheber einer Übernachfrage; dafür war bei uns vor allem die "importierte Inflation" ursächlich.

Im Grunde ergeht es Grope offenbar wie dem Sachverständigenrat, den er zitiert:

> "Bei hinreichend langfristiger Betrachtung ... kann kaum mehr jemand objektiv sagen, durch welches Tun oder Unterlassen die Spirale des Geldwertschwundes in Gang gesetzt wurde und wer am meisten dazu beiträgt, daß sie in Gang bleibt. Die land-

läufigen Vorstellungen über die Ursachen der Inflation versagen, wenn sich die Gesellschaft daran gewöhnt hat, daß das Preisniveau um drei Prozent im Jahr steigt." (Gem. Jahresgutachten 1966/67, S. 115)

Natürlich versagen die landläufigen Vorstellungen über die Ursachen der Inflation - von Grope und vom Sachverständigenrat - auch dann, wenn sich die Gesellschaft nicht an drei Prozent Preisniveauanstieg gewöhnen will.

6. Die Tätigkeit der Bundesbank

Grope geht mit der Bundesbank streng ins Gericht: Es gehöre offenbar zum Schicksal der Bundesbank, "die Alarmsignale zu spät zu hören und obendrein noch das Pech zu haben, daß ihre Bremsen zu viel Zeit brauchen, ehe sie richtig greifen. Wenn die Preis-Spirale sich bereits dreht, kann der kräftige Tritt auf die Bremse vielleicht schon mehr Konjunkturunheil (nämlich Abschußfahrt) als Stabilitätssegen bringen." Die Bundesbank müsse schon im Aufschwung bremsen und bereits im Abschwung - und nicht erst in der "Talsohle" - Gas geben. Doch dafür fehle es - nach Ansicht von Ludwig Poullain - am Verständnis der Öffentlichkeit. "Selbst ein so kluger Mann wie der inzwischen zum Vizepräsidenten der Bundesbank avancierte Otmar Emminger lag falsch, als er Ende Oktober 1966 meinte: "Die gegenwärtige Konjunkturabschwächung wird zusätzlich dadurch belastet, daß sie mit dem Beginn einer langfristigen Verlangsamung der Wachstumsraten zusammenfällt." - Denn das sei schon von 1950 an so gewesen.

Die Produktivität und damit das Wachstum hänge sowohl vom Angebot wie von der Nachfrage ab. Als 1967 das Wachstum absank, habe das eindeutig an der ungenügenden Nachfrage gelegen. Aber es sei ein "äußerst schwieriges Problem", wie eine wachsende Nachfrage und damit stetiges Wachstum zu erreichen ist.

Der Einsatz konjunkturpolitischer Instrumente von Staat und Notenbank sei bisher enttäuschend gewesen. Da dem Maßhalte-Kanzler Erhard der Wille zum Bremsen gefehlt habe, "ging 1966 die Bundesbank zum rigorosen Bremsmanöver über. Dann folgte das heulende Elend." Und Erhard habe abtreten müssen.

Als der Preiszug unter Schiller längst abgefahren war, sagt Grope, landete der "Schwarze Peter" - wie 1966 - wieder bei der Bundesbank. Aber die Tätigkeit der Bundesbank werde immer wieder von außen durchkreuzt oder unterlaufen. Die Verstaatlichung der Kreditinstitute sei auch kein Ausweg. Otmar Emminger habe einmal gesagt: "Die Kreditplafondierung für die Banken ist in Frankreich, ebenso wie in verschiedenen anderen Ländern, als selbstverständlicher Ausfluß der Geldregulierung durch die Notenbank betrachtet und ohne spezifische gesetzliche Grundlage durch einen schlichten Brief des Notenbankgouverneurs an die Banken in Kraft gesetzt worden."

Wegen dieses fehlenden Einflusses auf die Kreditpolitik der Geschäftsbanken und wegen mangelnder Unterstützung durch den Staat habe die Bundesbank ihre Ziele nie erreicht, sagt Grope. Nach der Diskonterhöhung auf die Rekordmarke von 7,5 % im März 1970 habe die Bundesbank (Monatsbericht März) erklärt, daß die Kreditpolitik nur helfe, Investitionsplanungen vor Übertreibung zu bewahren. Vor allem die Automobilindustrie - so meint Grope - habe 1960/61, 1964/65 und dann wieder 1969 mit zur Überhitzung beigetragen. Besonders das VW-Werk habe eine Bedeutung, daß hier Entscheidungen nicht allein an der VW-Elle gemessen werden könnten. - Grope irrt, wenn er glaubt, daß Unternehmen und Branchen Konjunkturpolitik treiben müßten oder könnten. Denn tatsächlich sind sie alle von dem Lauf der Konjunktur abhängig und werden von ihr gebremst und getrieben.

"Für die Bundesbank war die Arbeitsmarktlage immer ein wichtiges Barometer", sagt Grope. Letztlich ergebe sich die Frage: "Wieviel Arbeitslose oder wieviel Preisanstieg wollen wir in Kauf nehmen?" Er teilt die Wahlmöglichkeiten nach den Verhältnissen von 1960 bis 1969 in drei Gruppen ein:

Arbeitslosenquote		Preisanstieg
unter 1 %	-	von 2,75 bis 4,5 %
von 1 bis 1,5 %	-	von 1,5 bis 2,75 %
über 2 %	-	unter 1 %

Nach dieser Korrelation könnten Regierung und Bundesbank die Mischung von Arbeitslosigkeit und Preisanstieg festlegen, die sie für das kleinste Übel halten.

Doch Grope gibt zu bedenken: Je "angemessener" die Nachfrage für die Ausnutzung des Wachstumsspielraums ist, desto "unangemessener" kann diese Nachfrage für die Preisstabilität sein, wenn sie zur Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt führt.

Herbert Giersch fordere in Anlehnung an Milton Friedman eine "entpolitisierte Konjunkturpolitik" mit "festen Regeln", d.h. mit einem konstanten Satz der Erhöhung des Geldvolumens durch die Notenbank entsprechend dem wachsenden Güterangebot. Dagegen sei Claus Köhler der Ansicht, daß die Geldmenge sich praktisch nicht beeinflussen lasse, weil sie von der Wirtschaft selbst bestimmt würde. Die Geldmenge sei nicht Ursache für die Konjunktur, sondern ihr Ergebnis. Somit blieben wichtige Fragen der Geld- und Kreditpolitik wissenschaftlich unentschieden, womit Grope nur allzurecht hat. Und auch er selbst mag sich hier offenbar nicht entscheiden. Er begnügt sich damit, das konjunkturelle Geschehen mehr vordergründig darzustellen.

7. Wie entsteht ein Konjunkturzyklus?

Die Wende im Konjunkturzyklus zu einem neuen Aufschwung sei am Ende der vier bisher abgeschlossenen Wachstumsperioden jedesmal vom Export ausgegangen. Die Bundesbank werfe das Ruder herum und verbreite damit Optimismus. Jetzt setze eine "übertriebene" Investitionstätigkeit ein, Lager würden aufgestockt. Diese Vorratsveränderungen seien die übelsten Konjunkturmacher, für die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz keinerlei Maßnahmen vorgesehen seien. Prozyklische "Bösewichte" seien auch die Anlageinvestitionen, die im Konjunkturaufschwung ihren prozentualen Anteil am "Güterkuchen" erhöhten und damit den Aufschwung überhitzten. Die Nachfrage am Arbeitsmarkt wächst, die Zinsen steigen - unterstützt oder eingeleitet von der Bundesbank -, die Dividenden steigen, die Privatentnahmen steigen. Die Löhne steigen, wenn auch erst hinterher, womit sich die Wirtschaft selbst eine "zusätzliche" Nachfrage "produziere". Diese führe dann zu Preissteigerungen und zur Konjunkturdrosselung durch die Bundesbank.

"Solange wir in der Bundesrepublik die Preisstabilität nicht zum zweitrangigen Ziel degradieren, müssen wir einen gewissen Verzicht auf mögliches Wachstum in Kauf nehmen", stellt Grope dazu fest. Die Unternehmer würden jetzt investitionsmüde, Pessimismus breite sich aus und engt die Nachfrage ein; die Konjunktur sei im Abschwung.

Für die Überhitzung macht Grope also vor allem die übertriebene Investitionstätigkeit und die Lageraufstockung verantwortlich, ohne sich die Frage vorzulegen, was denn die vielen Tausend Unternehmer in der Bundesrepublik alle zur selben Zeit veranlaßt haben mag "übertrieben" zu investieren.

Der Staat und der private Verbrauch sind für Grope die antizyklischen Wohltäter.

Wenn 1967 ein zweiter Eventual-Haushalt vorgelegt wurde - führt Grope aus -, so lag das einfach daran, daß der erste so langsam in Bewegung gesetzt worden ist, daß die Konjunktur bis Mitte des Jahres kaum angeregt wurde. Wegen des notwendigen Schuldenmachens, auf öffentliche Investitionen zu verzichten, hätte bedeutet: einen ähnlichen Weg gehen wie Reichskanzler Brüning, der die Wirtschaft mit seiner Deflationspolitik in die tödliche Krise stürzen ließ. Das Geld sei dann ja auch im Aufschwung mehrfach wieder hereingeholt worden - ein lohnendes Geschäft das Schuldenmachen.

8. Ursache internationaler Währungskrisen

Ein übertriebener Export ist eine volkswirtschaftliche Verschwendung, ein volkswirtschaftlicher Unsinn, sagt Grope, denn wir leben nicht um zu arbeiten, geschweige denn für das Ausland zu arbeiten. Wer, wie das Volkswagenwerk, zwei Drittel seiner Produktion exportiere, sei samt seinen zigtausend Mitarbeitern und samt Zulieferanten in möglicherweise lebensbedrohliche Abhängigkeit von anderen Ländern geraten. Nordhoff habe 55 % für die oberste Grenze dessen gehalten, was erstrebenswert ist. 1968 seien es aber 76 % gewesen.

Exportüberschüsse seien andererseits auch die Ursache für internationale Währungskrisen. Die letzte sei 1969 durch die französische Abwertung und durch die deutsche Aufwertung überwunden

worden. Grope erinnert daran, daß im Herbst 1968 das Kabinett Kiesinger die Aufwertung abgelehnt habe "mit der Stimme des Wirtschaftsministers Schiller". De Gaulle hielt eine Franc-Abwertung für die "allerschlimmste Absurdität". Währungsredereien des Finanzministers Strauß führten dann im Frühjahr 1969 zu neuer Währungsunruhe. Und Kiesinger gelobte: "Während meiner Regierungszeit gibt es keine Aufwertung." Nur die Bundesbank führte schließlich Ende September 1969 einen ungewöhnlichen Schachzug, indem sie an den deutschen Devisenbörsen nicht mehr "intervenierte", sagt Grope.
(Formell war die Bundesregierung für diesen Schachzug verantwortlich. Im Monatsbericht der Bundesbank von Oktober 1969 (S. 5) heißt es jedoch: Ein Tag nach der Bundestagswahl (29.9.) nahm die Bundesbank noch vor der regulären Börsenzeit für rd. 1 Mrd DM Devisen auf. Da "ermächtigte das Bundeskabinett die Bundesbank entsprechend ihrem eigenen Vorschlag, die Interventionen am Devisenmarkt zu den bisherigen Höchst- und Mindestkursen vorübergehend einzustellen." Tatsächlich kommt also dieser Schachzug auf das Konto der Bundesbank, wie Grope es darstellt.)

9. Über die Statistik

Wer seinen Morgenstern ("Über die Genauigkeit wirtschaftlicher Beobachtungen") gelesen habe, der weiß, "daß Oskar Morgenstern mit aller Gewalt die Statistiker aufs Kreuz zu legen versucht", indem er statistische Fehlermöglichkeiten aufzeigt. Er wolle nicht die Notwendigkeit der Statistik anzweifeln, sondern helfen, die Fehlerquellen zu vermeiden und erreichen, daß bei statistischen Angaben der Fehlerbereich mit veröffentlicht wird.

Die Sozialproduktsberechnung gehe drei Wege, es werde die Entstehung, Verwendung und Verteilung des Sozialprodukts errechnet, die alle gleich groß sein müssen und darum gleich groß "gemacht werden".

Prof. Krengel wird zitiert: "Ich bin Mitglied des Beirates im Statistischen Bundesamt und wende einen recht beachtlichen Prozentsatz meiner Zeit speziell für diese Dinge auf. Wann immer wir im Statistischen Bundesamt zusammenkommen, und über irgendwelche Dinge

sprechen, die gemacht werden müssen, gehen 90 Prozent der ganzen Diskussion um die Frage: Eigentlich kann man das, was wir tun, nicht machen, aber wir müssen es ja irgendwie machen, und dann müssen wir sehen, daß wir mit einem blauen Auge aus der Geschichte herauskommen."

Grope sagt, es sei verwirrend, wenn das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch das Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer enthält, dagegen die "Bosse" Lotz und Sohl bei den Arbeitnehmern rangieren.

Es ist schon angebracht, darauf hinzuweisen oder daran zu erinnern, daß unsere volkswirtschaftliche Statistik tatsächlich nicht so präzise ist, wie sie sich mit ihren Kommastellen gibt.

10. Vermögensverteilung und Menschsein im Betrieb

"Ein schwaches Wachstum des volkswirtschaftlichen Güterkuchens stiftet unter der Bevölkerung weniger Unzufriedenheit als eine ungerecht empfundene Verteilung des Kuchens - gleichgültig, ob man Einkommen oder Vermögen zum Vergleichsmaßstab nimmt." (Diese Erkenntnis wird eingehend untermauert von Helmut Schoeck: Der Neid, eine Theorie der Gesellschaft, München 1966; von Grope auch aufgeführt unter Anmerkung 106.)

Was soll produziert werden und wie soll produziert werden? Ist die Produktion auch "dem Menschen gemäß"? Was ist eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung? Das seien überaus wichtige Fragen, die hauptsächlich von den Theoretikern der Planwirtschaft gestellt würden. - Offenbar fühlt Grope sich ihnen mehr zugehörig als jenen der Marktwirtschaft, denn diese glaubten, daß diese Probleme automatisch optimal gelöst würden. Aber die Optima müßten ausdrücklicher als Ziele herausgestellt werden.

Wenn Grope - nach Stützel und Bombach - die Vernachlässigung der Infrastruktur heute beklagt, dann kann dieser Vorwurf weniger der Wirtschaftspolitik, als vielmehr der Sozial- und Fiskalpolitik gemacht werden. Schiller berücksichtige nicht genügend das Ziel breiterer Vermögensstreuung, er habe die unternehmerische Expansion

und das volkswirtschaftliche Wachstum zum Götzenbild erhoben. Aber - so könnte man Grope fragen - wie sollen denn die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt werden, wenn die Wirtschaft nicht auf vollen Touren läuft bzw. wenn sie nicht mehr wächst?

Die Autokosten - eine Mischung aus VW 1300 und Opel-Rekord - betrügen heute monatlich 390 DM. Grope zitiert Galbraith, der von der "öffentlichen Armut bei privatem Reichtum" gesprochen habe. Er beklagt die private Verschwendung, er beklagt die Werbung und den überforderten Verbraucher (wie Vance Packard). Er zitiert den Werbe-Starfotografen Charles Wilp, der bereits Anfang 1969 gesagt habe: "Ich sehe das Ende der gewohnten Werbung ganz klar vor mir. Ich übertreibe, eskaliere die Werbung, um die heutigen Methoden der Werbung ad absurdum zu führen. Alles Überreden, alles Verführen durch die Werbung soll aufhören. Es soll nur noch Wettbewerb durch das Produkt selbst geben."

Motiv der Investitionen sei heute die Steuerersparnis; die meisten Computer und 50 vH der konventionellen Büromaschinen seien heute Fehlinvestitionen.

Unter Schiller habe eine förmliche "Konzentrationswelle" eingesetzt, während Erhard darin den "unbeherrschten Machthunger" der Großunternehmen gesehen habe. Nicht die Kleinen, sondern die Großen - Mannesmann und Thyssen - seien der Aufforderung zu Kooperation, Wachstum und Größe gefolgt.

Aber nicht die Großen seien Träger des Fortschritts. Obwohl VW für die Entwicklung etwa hundertmal soviel Leute beschäftige wie NSU, habe der Gigant den erfolglosen VW 411 herausgebracht, während dem kleinen Konstrukteurteam von NSU "das Auto des Jahres" Ro 80 und der K 70 geglückt sei. Jedoch ungefragt sei die NSU-Belegschaft geblieben, als sie unter die VW-Kontrolle geriet.

Aber nach Grope geht es ja nicht nur um Wachstum, Fortschritt und höhere Löhne? Menschsein im Betrieb sei für viele Arbeitnehmer heute mehr wert als eine Lohnerhöhung. Diese Ansicht Gropes darf - nach den Hawthorn-Experimenten von Elton Mayo in den USA -

als wissenschaftlich gesichert gelten. Ob der Mensch die viel behauptete "Entfremdung" durch die Arbeitsteilung und durch die Maschine erfährt, läßt Grope offen, da das Problem zweitrangig sei, solange Wachstum noch über alles gehe.[1] Grope zitiert in diesem Zusammenhang Guy Kirsch (Machtverteilung im Unternehmen - von der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Unternehmen, Köln 1967), der den Stand wissenschaftlicher Forschung wiedergibt, wenn er sagt, daß nicht die Maschine, nicht der Lohn und nicht einmal mehr die soziale Sicherheit höchsten Rang für die Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer habe, sondern die Selbstbestimmung. Dem Arbeitnehmer soviel Verantwortung und Entscheidungsfreiheit zu geben, wie möglich - und hier wird Nell-Breuning zitiert - "das ist die wesentliche Mitbestimmung im Betrieb."

Mit Recht sagt Grope, dieses Modell sei juristisch kaum zu packen. Aber das ist auch wohl nicht erforderlich. Wenn die Knappheit der Arbeitnehmer ein noch dauerhafterer Zustand wird, als sie es heute schon ist, wird der Wunsch der Arbeitnehmer nach größerer Autonomie mehr und mehr berücksichtigt werden müssen. Und zwar nicht nur um Arbeitskräfte zu halten und zu bekommen, sondern auch deswegen, weil der Unternehmer nur noch auf diese Weise aus ihnen mehr herauszuholen vermag, wie die Hawthorn-Experimente ergaben.

Von Biedenkopfs Mitbestimmungsmodell hält Grope nichts, weil er darin einen "Rückfall in den Harmonie-Glauben" sieht.

Er kreidet es den Managern und dem Bundesbankpräsidenten an, daß sie die Freisetzungen von Arbeitskräften in der Rezession 1966 als gesunden Reinigungsprozeß hingestellt und beschönigt hätten. Selbst im Rezessionsjahr 1967 hätten beispielsweise die Vorstandsbezüge bei der KKB Kg aA durchschnittlich je Kopf 1 855 050 DM, bei Neckermann Kg aA 1 071 080 DM, bei Kaufhof AG und Karstadt AG "nur" 645 000 DM bzw. 536 400 DM betragen.

Statt einer gesetzlich verankerten Mitbestimmung sollte die materielle Stellung des Arbeitnehmers nicht nur absolut, sondern auch relativ angehoben werden, und zwar im Verhältnis zum Betriebs-

1) Vgl. hierzu: Elimar Rosenbohm: Die kybernetische Automation, Ziff. 5: Soziologische Wandlungen der Arbeitswelt. Hrsg. Landeszentralbank in Niedersachsen, Hannover 1965.

einkommen, zum Gewinn und zu den Bezügen von Vorstand und Aufsichtsrat. Dann könnte sich durch Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer auch eine stärkere Mitbestimmung ergeben. Gropes Parole: "(mehr) Arbeitnehmer zu (größeren) Kapitalisten machen", ist ein systemgerechter Gedanke, weil er mit der Eigentumsordnung und mit der Marktwirtschaft harmoniert - auch wenn Grope von der Marktwirtschaft sonst nicht viel hält. "Wenn es weiter so bleibt, daß sich 70 % aller Produktionsmittel (Fabrikanlagen und Maschinen) im Besitz von nur 2 % der Bevölkerung befinden, dann sehe ich für das Jahr 2000 rot", - so wird Prof. Dr. Fritz Burgbacher zitiert, Generaldirektor der Rheinischen Energie AG und Sozialpolitiker der CDU.

11. Für den zweitbesten Menschen die zweitbeste Wirtschaft

Die Wissenschaftler und Techniker seien mit ihrer "Neugier" Quelle der Neuheiten, weitere Glieder in dieser Zwangskette seien die Unternehmer mit ihrem Expansionsbestreben und die Verbraucher mit ihrer "Neu-Gier". Solange diese Kette bestehen bleibe, dürfte es nur eine "zweitbeste" Wirtschaft geben, die den Menschen in einer Gesellschaft des wachsenden Überflusses beherrscht, - im Unterschied zur besten Wirtschaft, die nur bloße Dienerin der Menschen wäre.

Je stärker mit der Produktivität auch das Güterangebot wächst, desto schneller könnte sich das Industriesystem gewissermaßen im Überfluß totlaufen, nimmt Grope an. Jenseits des Überflusses winke ein neuer Lebensraum, die Herschaft des Ökonomischen abzulösen.

Man könnte Grope fragen, was er heute zum Überfluß zählt. Das Auto? Oder wieviel Quadratmeter eines Wohnzimmers von 50 qm? Er wird diese Fragen immer nur für sich selbst beantworten können. Und daß er überhaupt zu entscheiden vermag, sich ein Auto zu kaufen, sich ein Haus zu bauen oder eine Weltreise zu machen oder auf alles zu verzichten, ist schließlich allein unserer von Grope etwas schief gesehenen immer noch recht unvollkommenen Marktwirtschaft zu verdanken, die er mit Recht die "zweitbeste Wirtschaft" nennt.

Giersch warnte bereits im Vorwort, daß Grope die Nationalökonomen nicht immer zu befriedigen vermöge, vor allem nicht die liberalen, wäre hinzuzufügen. Wäre Grope bei ihnen in die Schule gegangen, dann hätte er vielleicht ein Buch über "die beste Wirtschaft" geschrieben.

HAZ 12.6.2003

Gerd Grope ist tot

Der Wirtschaftsjournalist Gerd Grope ist am Mittwoch nach langer Krankheit im Alter von 83 Jahren gestorben. Der studierte Volkswirt, der schon 1949 als Volontär zur damals neu gegründeten Hannoverschen Allgemeinen Zeitung stieß, leitete seit 1960 die Wirtschaftsredaktion. Von 1971 bis zu seinem vorzeitigen Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen im April 1979 war der gebürtige Hannoveraner zugleich stellvertretender Chefredakteur. Ursprünglich wollte Gerd Grope Hochschullehrer werden. Aber dann entschied er sich für die Zeitungskarriere. Er berichtete für die HAZ von der ersten Hannover Messe. Seine Lieblingsthemen, die er in zahlreichen Leitartikeln und nebenberuflich als Dozent behandelte, waren Wirtschaftspolitik, Konjunktur- und Geldpolitik. Grope hinterlässt seine Frau und zwei Kinder. e

HAZ 23./24.10.1971

Das Wunder

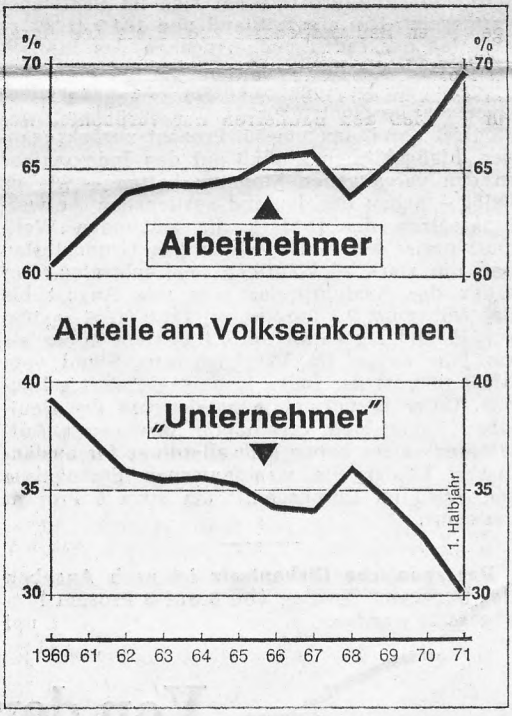
Von Claudia Schmidt

Eine Art von Wunder nannte der große britische Nationalökonom John Maynard Keynes einst das Phänomen, daß im Wettlauf von Löhnen und Gewinnen die Löhne es nicht schaffen, ihre Position entscheidend zu verbessern. Die Lohnquote, das heißt der Anteil aller Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, ist, so meinte man lange Zeit, „ehern". Diesen Umstand führte man auch gegen die Gewerkschaften zu Felde. Es hieß, wenn die Gewerkschaften einen höheren Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen durchsetzen wollten, dann könnten sie dies – wenn überhaupt – nicht auf dem Wege von Lohn- und Gehaltserhöhungen erreichen. Als Ursache wurde und wird auch heute noch vorgebracht, daß übertriebene Lohnerhöhungen nur zu Preissteigerungen führen – den Unternehmern also über die Verkaufskasse das wieder zufließen lassen, was sie aus der Lohnkasse „zuviel" bezahlt haben.

Um diese „naturgesetzliche Unabänderlichkeit" der Lohnquote, an der man so lange Jahre festgehalten hat, ist es bei uns inzwischen still geworden; denn heute kann in der Bundesrepublik von einer ehernen Lohnquote keine Rede mehr sein. Seit 1960 nämlich konnten sich die Arbeitnehmer einen immer größeren Brocken am Volkseinkommen erobern. Lag die Lohnquote oder, wie die Statistiker es nennen, der Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1960 noch bei dem als unabänderlich angesehenen Wert von rund 60 Prozent – von 1950 bis 1960 war er nur wenig von dieser Zahl abgewichen –, so erreichte er im ersten Halbjahr 1971 fast 10 Prozentpunkte mehr, und zwar 69,8 Prozent.

Die Arbeitnehmer konnten ihre Position in den vergangenen zehn Jahren fast ständig ausbauen. Nur zweimal, nämlich 1964 und 1968, also jeweils zu Beginn eines Konjunkturaufschwungs, mußten sie relative Rückschläge einstecken. Im ersten Halbjahr 1971 aber verbuchten die Angestellten und Arbeiter einen besonderen Erfolg: Während das Volkseinkommen gegenüber der gleichen Vorjahrszeit um 10,6 Prozent auf 273,3 Milliarden DM stieg, wuchsen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um fast 15 Prozent auf 190,7 Milliarden DM.

Diese starke Verbesserung der Stellung von Arbeitern und Angestellten ist im wesentlichen eine Folge der Entwicklung der gesamten Bruttolohn- und Gehaltssumme, die sich im ersten Halbjahr 1971 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 14,5 Prozent erhöhte. Davon lassen sich – darauf weist das Statistische Bundesamt hin – etwa 13,5 Prozent auf den Anstieg der Durchschnittsverdienste und 1 Prozent auf die Zu-



nahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer zurückführen.

Der letzte Umstand war auch früher von Bedeutung; denn das Heer der unselbständig Beschäftigten wächst seit Jahren, während es immer weniger Selbständige gibt. Seit 1960 hat sich der Anteil der Unselbständigen an der Zahl aller Erwerbspersonen von etwa 77,5 Prozent auf 82,5 Prozent erhöht. Die Ursache liegt in den Abwanderungen aus der Landwirtschaft und in Betriebsstillegungen im Handwerk, Groß- und Einzelhandel. Die Verbesserungen der Einkommen der unselbständig Beschäftigten bleibt aber dennoch beachtlich.

Der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen ist, wenn man es genau nimmt, sogar noch höher als die genannten 69,8 Prozent. Zur Gegenseite, die gewöhnlich als Unternehmer bezeichnet wird, gehören nämlich teilweise auch Arbeitnehmer. Dies liegt daran, daß die Statistiker als Gegenpol zu den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ermitteln. Diese sogenannten Unternehmereinkommen enthalten nun ein Sammelsurium, nämlich nicht entnommene Gewinne sowie Gewinnentnahmen kleinster und größter Unternehmen, vom Tante-Emma-Laden bis zur Aktiengesellschaft, ferner Dividenden und Zinsen aus Wertpapieren, Spar- und Bankzinsen, Mieteinkommen oder Nutzungswert von Eigenheimen. Und da immer mehr Arbeitnehmer auch Wertpapiere, Bankkonten und Wohnhäuser besitzen, beziehen sie mit zunehmendem Maße Einkommen als „Unternehmer", was die Einkünfte der tatsächlichen Unternehmer zu hoch erscheinen läßt. Solche Vermögenseinkünfte beliefen sich 1970 auf rund 20 Milliarden DM, das ist fast ein Viertel der gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.